

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 26.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 27. Juni 1913.

Insertionspreis für die viergep. Petitzeile 30 Pfg. Stellengehülse und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Denloerwall 9. Telefonruf B. 1543. — Redaktionsschluß ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

Unsere Lohn- und Tariffbewegung im Jahre 1912.

Die Arbeit des Verbandes im Jahre 1912 hat wiederum vielen Kollegen eine erhebliche Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebracht. Das, trotzdem die Geschäftslage im allgemeinen nicht mehr so günstig war als in den vorhergehenden Jahren. Die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse hat ebenfalls wiederum erhebliche Fortschritte gemacht.

Es wurden jedoch nicht nur erhebliche materielle Erfolge für die Mitglieder erzielt, sondern die Erfolge wurden auch zum größten Teil durch friedlich verlaufene Lohnbewegungen erreicht. Gelang es doch, für 83 Prozent der beteiligten Mitglieder die Lohnbewegungen friedlich durchzuführen, während es bei nur 17 Prozent der an Lohnbewegungen beteiligten Kollegen zur Arbeitseinstellung kam. Insgesamt war der Verband an 173 Lohnbewegungen mit 4629 Mitgliedern beteiligt, von denen 113 mit 3800 Beteiligten friedlich erledigt wurden. In 60 Fällen mit 329 Beteiligten kam es zum Streik oder zur Aussperrung. Von den 113 friedlich erledigten Lohnbewegungen hatten 89 einen vollen Erfolg, 20 einen teilweisen Erfolg, während in 4 Fällen ein direkter Erfolg nicht zu verzeichnen war. Die 60 Arbeitseinstellungen, an denen der Verband beteiligt war, hatten folgendes Ergebnis:

	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos
Angriffstreiks	24	12	5
Abwehrstreiks	3	6	3
Aussperrungen	2	4	1
	29	22	9

Für Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen wurden von der Hauptkasse Mk. 61226,48, von den Lokalkassen Mk. 9890,79, zusammen Mk. 71117,27 gezahlt. Im Jahre 1911 wurden für denselben Zweck Mk. 88187,20 ausgegeben. Die Summe hat also gegenüber dem Vorjahr um Mk. 17069,93 verringert, ist jedoch immer noch höher wie im Jahre 1910, wo für Streiks u. die Summe von Mk. 70552,25 ausgegeben wurde.

23 Lohnbewegungen und Streiks wurden von unserem Verband allein geführt, außerdem war noch in 57 Fällen die Mehrzahl der beteiligten Arbeiter christlich organisiert.

Durch die Lohnbewegungen wurden auch diesmal wieder namhafte Erfolge für die Kollegen erzielt. Nachstehende Uebersicht gibt hiervon ein Bild, wenn dasselbe auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit macht, weil nicht alle Erfolge sich in Zahlen ausdrücken lassen. In Lohnhöhungen wurden erreicht:

Für	Mitglieder	Mk.	pro Woche
54		0,60	
205		0,90	
271		1,20	
128		1,60	
544		1,80	
724		2,04	
941		2,10—2,70	
1023		3,00—3,42	
312		3,60—4,20	

zusammen 4202 Mitglieder.

An Arbeitszeitverkürzungen sind zu verzeichnen:

Für	Mitglieder	1/2 Stunde wöchentlich
1407		1
793		2
35		2 1/2
660		3
44		4
74		6

zusammen 3069 Mitglieder.

Für 4202 Mitglieder wurden also erhebliche Lohnaufbesserungen und für 3069 Mitglieder dazu noch eine Arbeitszeitverkürzung von 1/2 bis 6 Stunden pro Woche erreicht.

Von den 173 Lohnbewegungen und Streiks, an denen der Verband im Jahre 1912 beteiligt war, führten 87 zum Abschluß von Tarifverträgen. In diesen 87 Fällen wurden 75 mit 3067 Mitgliedern durch friedliche Lohnbewegungen zum Abschluß gebracht, während in 11 Fällen mit 343 beteiligten Mitgliedern der Tarifabschluß erst infolge eines Lohnkampfes möglich war; in einem Falle mit 33 beteiligten Mitgliedern kam es zum teilweisen Streik. Neunmal waren Streiks zur Durchführung bestehender Tarife erforderlich.

Am Jahreschlusse 1912 war unser Verband an 238 Tarifverträgen mit 11414 Mitgliedern beteiligt, gegenüber 196 Tarifen mit 10148 Mitgliedern am Jahreschlusse 1911. Von den 87 im Jahre 1912 abgeschlossenen Tarifen sind 43 Neuabschlüsse mit 1069 Mitgliedern und 44 Erneuerungen bzw. Verlängerungen mit 2974 Mitgliedern.

Von den 238 Tarifen ist in 210 ein bestimmter Lohn Mindestlohn, Durchschnittslohn u. c.) festgesetzt. Derselbe beträgt:

in 19 Tarifen mit 521 Mitgliedern unter 40 Pfg.		
43	1091	40—44
48	1856	45—49
31	1646	50—54
36	2245	55—59
35	3173	60 Pfg. und mehr.

Was die Festsetzung der Arbeitszeit betrifft, so ist in 62 Tarifen mit 5578 beteiligten Mitgliedern eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden und weniger vorgesehen, in 91 Tarifen mit 3818 beteiligten Mitgliedern beträgt die Arbeitszeit wöchentlich zwischen 54 und 57 Stunden; zusammen sind dieses 153 Tarife mit 9396 Mitgliedern, für welche eine tariflich festgelegte Arbeitszeit von wöchentlich 57 Stunden und weniger vorgesehen ist.

Besonders bemerkenswert war die große Tariffbewegung für das Schreinergerwerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. In diesem Gebiet ist unser Verband erheblich stärker als der sozialdemokratische Verband interessiert. Das Ergebnis dieser ohne Streik durchgeführten Bewegung war der Abschluß von 25 Verträgen mit Arbeitszeitverkürzungen bis zu 4 Stunden wöchentlich und Lohnhöhungen von 5 bis 8 Pfg. pro Stunde. In den vier Städten Dortmund, Bochum, Essen und Hagen wurde die Arbeitszeit auf 53 Stunden wöchentlich festgesetzt.

Die Gesamtzahl der 238 Tarife, an denen unser Verband beteiligt ist, bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 43 Tarifen mit 1366 beteiligten Mitgliedern. Auf die einzelnen Gewerbe verteilen sich dieselben folgendermaßen: Schreiner einschließlich der in Schreinerereien beschäftigten Drechsler 180 Tarife mit 9542 beteiligten Mitgliedern; Tapezierer und Polsterer 15—293; Bürsten- und Pinselmacher 4—195; Stellmacher (Wagner) 4—207; Waggonbau 2—156; Wagensattler 1—9; Glaser 2—11; Werkzeugmacher 1—40; Isolierer 1—10; Modellschreiner 1—9; Zimmerer 2—39; verschiedene Holz- und Luruswaren 2—102; Orgelbauer und Klavierarbeiter 5—51; Korbmacher 3—135; Parkettleger und Parkettfabrikation 3—37; Schäffler (Böttcher, Räder) 3—75; Säger 5—253; Ristmacher 3—230; Reisenermacher 1—50; Stuhlflechter 1—70; zusammen 238 Tarife mit 11414 Mitgliedern.

Die Tarife umfassen 8375 Betriebe mit 60846 Arbeitern; von diesen gehören 11414 unserem Verband an. Da der Verband am Jahreschlusse 1912 17459 Mitglieder zählte, so arbeiten also über 65,3 Prozent unserer Mitglieder unter tariflichen Bedingungen. Das sind 4,3 Prozent mehr als am Jahreschlusse 1911, wo der Prozentatz 61 betrug.

Das Jahr 1912 hat wiederum vielen Kollegen erhebliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch den Verband gebracht. Mögen alle Kollegen darauf die Anwendung ziehen und durch eifrige Werbearbeit der Organisation immer neue Mitglieder zuführen. Je eifriger die Werbearbeit der Kollegen für den Verband ist, umso erfolgreicher kann derselbe auch in Zukunft die Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen.

Professor Hize gegen Professor Bernhard.

Die Schrift des Professor Bernhard (Berlin) „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“ hat viel Aufsehen erregt. Neben reichem Lob hat auch bald die Kritik eingeseht. Auch die Freunde Bernhards, welche die Schrift warm begrüßten, haben es doch als Lücke empfunden, daß, wenn Herr Bernhard Berechtigung und Bedeutung der deutschen Sozialreform auch gelegentlich durchaus anerkennt, doch durch die einseitige Darstellung der „unerwünschten Folgen“ die Würdigung der großen gegenwärtigen Wirkungen der Sozialreform zu kurz gekommen ist. In dieser Richtung bietet nun die im Volksvereins-Verlag Dr. Gladbach erschienene Schrift von Professor Dr. Hize „Zur Würdigung der deutschen Arbeitersozialpolitik“, mit Beiträgen von Geh. Oberregierungsrat Wärmeling und Sanitätsrat Dr. Fabbender die notwendige Ergänzung zu Bernhards Schrift. Auf Grund eines reichen statistischen Materials schildert er die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung, den Einfluß der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgegesetzgebung auf die gesundheitliche, wirtschaftliche und kulturelle Hebung unseres Volkes. Dabei kommt auch die Belastung der Industrie, der Landwirtschaft und des Handwerks zur Erörterung, wobei die direkten und indirekten Vorteile, die diesen Kreisen aus der Sozialgesetzgebung zufließen, in Gegenrechnung gestellt werden. Auch bezüglich der Kritik Bernhards haben Professor Hize (bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung) und Geh. Oberregierungsrat Wärmeling (bezüglich der Arbeiterversicherung) auf Grund ihrer Mitarbeit bei der Gestaltung dieser Gesetze manche Klärung und Berichtigung der kritischen Ausführungen Bernhards beigebracht. Nicht minder wird jeder die „Kampfschrift“ — so kann man sie ja auffassen — welche Sanitätsrat Dr. Fabbender der Quellenforschung Bernhards in der medizinischen Literatur über den „Kampf um die Rente“ angebeihen läßt, als wertvolle Ergänzung gelten

lassen müssen. Besonders interessant sind noch die Kapitel über „den parteipolitischen Mißbrauch sozialpolitischer Einrichtungen“ und „die Grenzen der Sozialpolitik“, bei deren Beurteilung Hize allerdings von den Anschauungen Bernhards weit abweicht. Hize glaubt nicht an ein „Altern der Sozialpolitik“, an eine „Umbildung“ infolge der sich vor-drängenden Staatsgewalt, sondern vertraut dem gesunden organischen Fortschritt. Ein Stillstand der Sozialreform erscheint ihm ebenso unmöglich, als ein Stillstand der Technik und Kultur denkbar ist. Hize schätzt auch die ausgleichende, mäßigende Wirkung der Sozialreform auf die Sozialdemokratie nicht gering ein. Er meint:

Was man von der Sozialreform vernünftigerweise erwarten dürfte, hat sich zum guten Teil erfüllt. Die wirtschaftliche, gesundheitliche und soziale Lebenshaltung unseres Arbeiterstandes hat sich mächtig gehoben. Die berechtigten stürmischen Anklagen haben sich gemindert; ihnen sind die Unterlagen zum guten Teil entzogen. Das Vertrauen in die Entwicklung der Dinge ist gewachsen. Die Sozialdemokratie hat zwar an Zahl zugenommen, aber zu wesentlichem Teil nur, weil man in ihr die treibende Kraft zum Fortschritt erblickte. Die wissenschaftlichen Unterlagen des Sozialismus: die Verelendungstheorie und die Katastrophentheorie mit der Vorstellung einer plötzlichen gewalttätigen Umwandlung aller Verhältnisse, die Konzentrationstheorie mit dem Ausblick auf die „naturnotwendige“ Ueberführung aller privaten Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft, der Glaube an die „eine reaktionäre Masse“ der bürgerlichen Parteien usw. sind erlittet. Ihr Exzerptprogramm wird durch die Kritik aus den eignen Reihen vollends unterhöhlt, und Anläufe zur Aufstellung eines neuen Programms sind aufgegeben. Der Glaube an eine neue gesellschaftliche Ordnung voll Harmonie, Glück und Frieden — den Zukunftsstaat — wird in den eignen Reihen nicht mehr ernst genommen. Statt solchen Zukunftspantastien nachzujagen, hat man sich mit beiden Füßen auf den Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung gestellt und sucht hier Einfluß zu gewinnen. Statt des bloßen bitteren Hochnes auf die „Bettel-pfennige“ der Arbeiterversicherung kommt man doch zu einer gerechtem Würdigung. Die Sozialdemokratie ist so unweit mehr zu einer radikalen politischen Partei geworden. Die sozialen Forderungen und Klagen treten mehr und mehr gegenüber den politischen zurück. Alle ihre Reden und Flugblätter, ihre Anträge in den Parlamenten, die sie zur Verhandlung bringt, haben fast ausschließlich politischen Charakter. Allgemeines Wahlrecht in Preußen, Beseitigung der Zölle und indirekten Steuern, Bekämpfung von Militär und Marine, Bekämpfung der christlichen Schule usw. sind die Fragen, mit denen sie die Massen aufzupeitschen sucht.

So kommen in der ganzen Schrift gegenüber den mehr pessimistischen Betrachtungen Bernhards hoffnungsfreudigere Auffassung und Ausblicke zur Geltung. Jedenfalls aber müssen wir Hize beistimmen:

„Was würde sein, wenn wir die breiten Massen unserer Bevölkerung herlos den „Gefahren“ der kapitalistischen Entwicklung preisgegeben hätten? Und vor allem: was immer kommen mag — wir dürfen uns mit dem Bewußtsein trösten, daß wir unsere Pflicht erkannt und erfüllt haben!“

Die deutsche Sozialpolitik ist ein großes nationales Werk, auf das wir stolz sein können und um das uns die andern Kulturstaaten beneiden. Gewiß, es ist Menschenwerk und so sind Irrungen und Mißbräuche nicht ausgeschlossen. Kritik ist deshalb auch hier durchaus berechtigt und kann nur dem Fortschritt dienen. So konnte es nur mit Dank begrüßt werden, wenn Herr Professor Bernhard (Berlin) auch einmal „die unerwünschten Folgen der deutschen Sozialpolitik“ zusammenstellte, vorausgesetzt, daß diese Kritik objektiv wahr und gerecht ist und positiven Zielen dient. Leider treffen aber diese Voraussetzungen bei der vielseitig begrüßten und belobten Schrift des Professor Dr. Bernhard wenig zu. Diesem Nachweis gilt die oben angezeigte Gegenschrift.

Die Schrift folgt der Kritik Bernhards Schritt für Schritt. Professor Hize unterzieht die Angriffe Bernhards auf unsere Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre Durchführung: „Die staatliche Genehmigung privater Betriebe“ (Konzeptionspflicht), „Die staatliche Kontrolle privater Betriebe“ (Gewerbeaufsicht, schriftliche Kontrollen usw.), „Die staatliche Regelung privater Betriebe“ (Sonntagsruhe, Pausen und Arbeitszeit in der Großindustrie) und „Die Verstaatlichung privater Betriebe“ einer kritischen Prüfung. Geh. Oberregierungsrat Dr. Wärmeling, Vortragender Rat im Reichsamt des Innern, würdigt die „Unerwünschten Folgen der Rentenversicherung“, während Sanitätsrat Dr. Fabbender Herr Dr. Bernhard auf seinen kritischen Gängen in der medizinischen Literatur folgt, um die Anschuldigungen bezüglich Simulation, Unfallneurose, Rentenhygiene usw. und ihre Einwirkung auf den Volksharakter auf ihre wahre Bedeutung zurückzuführen.

Den pessimistischen Betrachtungen und Ausblicken des dritten Teiles bezüglich des „partei politischen Mißbrauchs sozialpolitischer Einrichtungen“ und des „Schlußkapitels: „Die Grenzen der Sozialpolitik“, stellt dann wieder Hize bei voller Anerkennung einer gewissen Berechtigung dieser Klagen eine hoffnungsfreudigere Auffassung für Gegenwart und Zukunft entgegen. Hize glaubt nicht an eine zunehmende „Bureaurokratisierung der Sozialpolitik“, an ein „Vordrängen der staatlichen Verwaltung“, an ein „Altern“ oder an eine „Umbildung“ der Sozialpolitik und steht in den dringenden sozial-

politischen Anträgen im Reichstage nicht wie Bernhard — ähnlich dem „Barock“ — nur Verdoppelungen und Krabbeln, sondern vielmehr nur die „organische Fortbildung und naturgemäße Ausgestaltung der bestehenden Gesetzgebung“. Besonders interessant ist die Beurteilung der Entwicklung der Sozialdemokratie, die infolge der Sozialreform immer mehr zu einer radikalen politischen Partei geworden sei. Als wichtigsten positiven Erfolg der Sozialreform bezeichnet Hise „die Bildung und Erstarfung einer christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die sich in freier Selbstbestimmung, in klarer Erfassung der berechtigten Ziele einer modernen Arbeiterbewegung mit Stolz und Begeisterung zu den Grundfragen des Christentums und der monarchischen Staatsauffassung bekümmert und mit freudigem Vertrauen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung, im Rahmen und im Verein mit den bürgerlichen Parteien für die berechtigten Forderungen ihres Standes kämpft und arbeitet“.

Zum Schluß fügt Hise dann das Kapitel bei, welches Bernhard ganz vergessen hat: „Die gegenwärtigen Wirkungen unserer Sozialpolitik“. Hier werden zunächst „Grundgedanke und Ziel der Arbeiterversicherung“ — als Maßnahme zur Sicherung des „gerechten Lohnes“ — erörtert. Die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung, die Bedeutung der Arbeiter- und Arbeiterinnenversicherung für die gesundheitliche Erhaltung unseres Arbeiterstandes und für die wirtschaftliche und kulturelle Erziehung unseres Volkes werden durch eine Fülle von statistischem Material vor Augen geführt. Insbesondere kommt dabei auch die Belastung der Industrie, von Landwirtschaft und Gewerbe unter Gegenüberstellung dessen, was als direkter und indirekter Gewinn auch für diese Kreise zu buchen ist, zu gerechter Würdigung.

Die Schrift stellt ein freudiges Bekenntnis zu unserer deutschen Sozialreform dar. Sie bildet die notwendige Ergänzung zu Bernhards Schrift. Die Verfasser schöpfen aus der Fülle ihrer Erfahrungen. Es ist eine Abwechslung, die aber zugleich mannigfache Einblicke in die Grundgedanken und die Entstehung der einzelnen gesetzlichen Bestimmungen gibt, dankenswerte Verbesserungen und Fortschritte anregt, interessante Ausblicke bietet und vor allem Bedeutung und Stellung der Sozialreform in unserer nationalen Entwicklung aufzeigt. Und wenn es gerade die Februarverfassung (1890) unseres Reiches waren, durch welche die Arbeiterversicherung inangaugiert wurde, wenn unter seiner Regierung der bedeutungsvollste Teil der Arbeiterversicherung: die Invalidenversicherung (1889) und die Witwen- und Waisenversicherung (1910), durchgeführt worden sind und alle diese Gesetze zuletzt in der Reichsversicherungsordnung und in der Pensionsversicherung der Privatbeamten ihre Zusammenfassung und ihren Abschluß gefunden haben, so darf die Schrift auch wohl als ein wertvoller Beitrag zur Jubelfeier der 25-jährigen gesegneten Regierung unseres Kaisers angesehen werden.

Mittelstand und Arbeiterchaft.

Scharfmacher befinden sich nicht nur in den Kreisen der großen Arbeitgeber. Die Scharfmacherei besitzt Anhänger bis weit in den sogenannten Mittelstand hinein. Die Angehörigen des Mittelstandes, die alle Ursache hätten, sich den Arbeitern gegenüber freundschaftlich zu stellen, sind es leider sehr oft, die den berechtigten Forderungen der Arbeiter die allergrößten Schwierigkeiten machen. Gibt es auch Fälle, wo insbesondere bei Lohnberechnungen Mittelstandskräfte den Arbeiterforderungen Verständnis entgegenbringen, so sind die Fälle doch weit zahlreicher, wo wir aus jenen Kreisen heraus die härteste Bekämpfung erfahren. Insbesondere dann, wenn die Gehaltsberechnung neue Arbeit für den Arbeiterstand leisten soll, ist in weiten Mittelstandskreisen die heftigste Opposition ein. Man ist kurzschichtig genug, um nur das zu sehen, was der einzelne Mittelstandsbefugte durch die Sozialgesetzgebung an direkten Opfern zu bringen hat. Man sieht aber nicht ein, welche indirekten großen Erfolge der Mittelstand dadurch erzielt. Ohne Frage ist der selbständige Mittelstand in sehr hohem Maße auf die Kaufkraft und Kaufkraftfähigkeit des Arbeiterstandes angewiesen und jedes Erstarfen des Arbeiterstandes auf wirtschaftlichem Gebiete kommt indirekt auch dem Mittelstand wieder zugute.

Wenn man so die volkswirtschaftlichen Kenntnisse der Mittelstandsbefugten studiert, dann köpft man immer auf die Tatsache, daß man es zu einer richtigen Würdigung des Arbeiterstandes bis heute noch nicht gebracht hat. Man lebt immer noch in dem Wahne, daß es so kommen müsse, wie es eben war, daß im gewerblichen Leben der selbständige Handwerkerstand alles bedente. Man glaubt, daß es möglich sei, im gewerblichen Leben jene Durcheinanderung wieder zu verwirklichen, die eben im Mittelalter vorhanden war; Meister, Geselle und Lehrling im Handwerk. Dem Arbeiterstand bietet man die Spitzenberechtigung ab. Demjenigen, der sein Leben als Arbeiter verbringt, betrachtet man als einen minderwertigen, von Streikmächten nicht befreiten Menschen. Die Selbstständigkeit soll nach dem Gedankengange der Mittelständler wieder jene Entwertung annehmen, wo jeder einen Beruf selbständig erlangen kann.

Dieser Gedankengang kam auch auf dem Mittelstandstage wieder an die Öffentlichkeit, der kürzlich in Gießen unter der Leitung des Herrn Mittelstandes vom Rheinisch-Westfälischen Arbeitervereinsverband stattfand. Hier erklärte der Vizepräsident Dr. Gerke-Köppen:

„Der Arbeiter hat man nicht zurecht stellen können, daß man ihn beschützt und schützt. Der Mittelständler hat die Arbeiter und Facharbeiter, denn bei uns sind die Arbeiter, das ist eine Sache der sozialen Frage, nicht die, daß es eine Sache ist, die in der Arbeiterchaft stehen, die gepflegt und gepflegt sein, die mit Kopf und Hand zu arbeiten vermögen, um ihnen die Selbstständigkeit zu geben, beschützen zu ermöglichen, daß sie auf ihrem eigenen Boden stehen und ihre eigenen Interessen haben in eigener Arbeit und in eigener Erziehung.“

Glauben Sie ja nicht, daß unsere Arbeiterchaft in dumpfer Ergebung dabei stehen bleiben sollte, daß es bei dem Abhängigkeitsverhältnis bis auf Kind und Kindeskind bleibe. Nein, auch unsere Arbeiter sind deutsche Männer und wenn sie schon für ihre Person den Aufstieg nicht erreichen können, so wünschen sie den Aufstieg für ihre Kinder. Deswegen ist derjenige ein wahrer arbeiterfreundlicher Mann, der dafür sorgt, daß der Übergang aus der Stufe des Arbeiters in die Stufe der Selbständigen erleichtert wird. Die Zahl derer, die aufsteigen wollen, ist heute nur um deswillen so klein, weil es im Mittelstand schwerer ist, durch ehrliche Arbeit das sichere Brot zu verdienen, als wie im Arbeiterstande. In demselben Augenblicke, wo wir ihnen die Möglichkeit geben, wieder aufzusteigen, in demselben Augenblicke werden wir der Seele unserer Arbeiter einen unendlich viel größeren Dienst antun, als wir ihm je ihrem leiblichen Wohle leisten können, durch die Verstärkung unserer Arbeiterversicherungsgesetze.“

In diesen Ausführungen ist wahres mit falschem vermischt. Die Selbständigkeit zu erreichen, ist wohl für jeden Arbeiter das Ideal, das er erstrebt. Wenn es Ausnahmen geben sollte, (Ausnahmen von Streikbarkeit finden wir auch in anderen Ständen) dann bestätigen diese nur die Regel. Wer aber an die Möglichkeit glaubt, daß alle, die mit ehrlichem Willen nach Selbständigkeit streben, dieses Ziel erreichen können, der ist ein Utopist. Im Zeitalter des modernen Großbetriebes ist ein Selbständigwerden aller dieser ein Ding der Unmöglichkeit. Derjenige aber heumut den Arbeiterstand in seinen wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritten, der ihn auf die Bahn der Utopie drängt.

Die Stellung der Arbeiter zum Problem „Mittelstand und Arbeiterchaft“ ist eine wesentlich andere, als wie die der Mittelständler. Kein vernünftiger Arbeiter glaubt daran, daß der Mittelstand seine Rolle ausgepielt und vom Erdboden verschwinden wird. Im Gegenteil, gerade in unseren Kreisen betrachtet man die Existenz eines gesunden und wirtschaftlich leistungsfähigen Mittelstandes als eine unbedingte Notwendigkeit aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen. Wir in unsern Gewerkschaften hindern den einzelnen, der nach der Selbständigkeit strebt, nicht an seinem Vorhaben; im Gegenteil, wir fördern es, wo wir nur können. In Vorträgen und Kursen wirken wir darauf hin, daß derjenige, der seine Selbständigkeit sucht, auch Kenntnisse besitzt, die ihm ein Weiterkommen ermöglichen. Und gerade aus unserm Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands sind zahlreiche Leute hervorgegangen und gehen daraus noch täglich hervor, die im Mittelstande nicht zu den schlechtesten Elementen zählen. Aber auch aus reinen Zweckmäßigkeitsbetrachtungen vom Arbeiterstandspunkte aus betrachten wir das Vorhandensein eines kräftigen Mittelstandes für notwendig, weil dieser als Mittelglied zwischen Arbeiterchaft und Großkapitalismus für uns von hohem Werte ist.

Die Arbeiterfrage ist indessen nicht nach mittelständlerischem Rezept zu lösen. Nach Millionen werden immer diejenigen zählen, denen die Möglichkeit der Selbständigkeit nicht gegeben wird. Selbst im Holzgewerbe, wo die Tendenz zum Großbetriebe nicht so ausgeprägt ist wie in anderen Berufen, sehen wir, daß über 1/2 aller Berufsangehörigen unselbständige Lohnarbeiter sind. Die Berufs- und Betriebszählungen ergeben, daß sich die Verhältniszahl der Unselbständigen im Verlaufe nicht verringert, sondern vermehrt. Ein Kampf für die allgemeine wirtschaftliche Selbständigkeit ist ein Kampf gegen Windmühlenspäße, den man aufgeben kann. Das Programm der Mittelständler zur Lösung der Arbeiterfrage ähnelt übrigens sehr dem Programm der von der Großindustrie so verhassten Selben, das angeblich auch die Selbständigkeit aller Lohnarbeiter verspricht und sie dabei immer mehr zu Industrieknechten macht. Unsere Auffassung geht nach all dem Gesagten dahin, daß wir das Streben nach Selbständigkeit nach besten Kräften zu fördern haben, aber darin nicht allein das Heil der Arbeiterchaft suchen dürfen. Es erwächst uns vielmehr die noch viel größere Aufgabe, allen denen, die nicht selbständig werden können, auch im Arbeiterstande ein gutes Auskommen zu sichern. Unser Ziel ist, auch diesen vielen Millionen im Arbeiterstande die größtmögliche Unabhängigkeit, ein gutes Auskommen und gute Lebensbedingungen zu verschaffen. Und zu diesen guten Lebensbedingungen da gehören auch Arbeiterversorgungsgesetze, die den Arbeiterstand physisch und wirtschaftlich kräftigen. Es ist das allerbrennendste, was die Mittelständler beginnen, wenn sie den Kampf gegen die Arbeiterversicherungsgesetze proklamieren. Viel richtiger wäre, wenn sie mit uns gemeinsam die Anschuldigungen verdrängen würden, die wir vertreten. Dann wäre auch in einem viel erheblicheren Maße möglich, daß die berechtigten Forderungen des Mittelstandes mit Hilfe der Arbeiterchaft in Erfüllung gebracht werden könnten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 26. Monatsbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Juni fällig ist.

Die Zahlstelle Bremerhaven erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags von 30 Pfg. (Gesamt-Beitrag 80 Pfg.)

Die Zahlstelle Goggenau erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags von 20 Pfg. (Gesamt-Beitrag 70 Pfg.)

Der dieswöchentlichen Zeitungsbeitrag liegt der „Bayreuther“ für Juni und Juli bei. Anherben werden jeder Zahlstelle eine Anzahl Broschüren übersandt.

Redaktion: Mittelständler, Nr. 51210, Hermann Marxig, Nr. 88-89, Georg Niedermayer. Die Bücher sind für unentgeltlich.

Im Laufe dieser Woche werden die Abrechnungsbordrucke für das 2. Vierteljahr versandt. Es liegen bei: B Bordruck A, je ein Bordruck B und C, ein Briefumschlag zum Zurücksenden der Abrechnung, mehrere Zahlarten und Arbeitslosennachkarten, sowie ein Rundschreiben betreffend die Krankengeldzusufußklasse. Die Sachen gehen an die Adressen der Zeitungsempfänger. Die Kassierer wollen sich nötigenfalls an diese wenden.

Auf den Abrechnungen sind die Beiträge in Rechnung gestellt für das Buch: Tarifverträge z. mit je 2 Mk., ferner das Schriftchen: Wegweiser für die Arbeiterversicherungswahlen je 10 Pfg. Die mit der dieswöchentlichen Zeitungsendung übermittelten Schriften werden nicht berechnet, sondern den Zahlstellen kostenlos zur zweckentsprechenden Verwendung übersandt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Monatsabschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Bezug ist ferzugshaltend

Schreiner: Goch: Heyndt (Wäsges & Schneider), Gebweiler i. G., Geseckmünde (Kalten), Czernak. Stellmacher, Schreiner, Maschinens- u. Hilfsarbeiter: Bewegungen an der Weser (Holzwarenfabrik Ernst Kofe). Möbelschreiner: Dortmund (Maschinenfabrik Wagner u. Co.). Kürschner- und Pflanzmacher: Nürnberg.

Veränderungen in laufenden Tarifverträgen.

Die vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands mit den Arbeitgebern vereinbarten Tarifverträge sehen für den Monat Juli dieses Jahres folgende Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor:

Ahlen, Stadt und Land, Dollberg, Seidenhorst und Walkebe (Schreinerergewerbe). Der Durchschnittslohn der Schreiner und der in Schreinerbetrieben beschäftigten Drechler, Weizer, Polierer und Bildhauer wird am 1. Juli von 49 Pfg. auf 50 Pfg. erhöht. Für Maschinenschreiner stellt sich der Durchschnittslohn um 5 Pfg. höher als bei der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10 Prozent niedriger als der Durchschnittslohn. Die unterste Lohngrenze für Gesellen des zweiten Gesellenjahres darf nicht niedriger sein wie 15 Prozent unter dem Durchschnittslohn. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohnhöhung sinngemäße Anwendung.

Bamberg (Ausschreinererei). Die wöchentliche Arbeitszeit wird ab 1. Juli von 57 auf 56 Stunden herabgesetzt. Der Stundenlohn für alle Ausschreiner, Wagner, Maschinenarbeiter, Schneidhauer und sonstige Hilfsarbeiter wird um 2 Pfg. erhöht.

Beuthen, Tarnowitz, Rattowitz, Königshütte (Tischlergewerbe). Die Arbeitszeit wird von 57 auf 56 Stunden pro Woche herabgesetzt. Die Stundenlöhne sämtlicher Arbeiter erhöhen sich um 1 Pfg.

Böckst (Tischlergewerbe). Die wöchentliche Arbeitszeit verringert sich ab 1. Juli von 60 auf 59 Stunden. Die Stundenlöhne aller Arbeiter erhöhen sich um 4 Pfg. Der Durchschnittslohn steigt von 41 auf 45 Pfg. pro Stunde.

Buer (Schreinerergewerbe). Es erhöhen sich ab 1. Juli die Durchschnittslohne der Schreiner auf 55 Pfg., der Maschinenschreiner auf 60 Pfg. Die unterste Lohngrenze ist um 10 Prozent niedriger als der Durchschnittslohn. Die Stundenlöhne sämtlicher Arbeiter erhöhen sich um 2 Pfg. Auf Akkordarbeit findet die Lohnhöhung sinngemäße Anwendung.

Chem (Hof-Möbelfabrik und Ausschreinererei A. Schöyerer). Die bisher gezahlten Stundenlöhne werden ab 1. Juli um 1 Pfg. aufgebessert. Es steigen die Mindeststundenlöhne für Gesellen im zweiten Gesellenjahre auf 32 Pfg., für Gesellen im dritten Gesellenjahre auf 35 Pfg., für Gesellen, die 20 Jahre alt sind, auf 38 Pfg.

Glode (Firma Arnold J. von den Bergh, G. m. b. H.) Die Stundenlöhne aller im Betrieb beschäftigten Holzarbeiter erhöhen sich ab 1. Juli um 1 Pfg.

Danzig (Danziger Parkettfabrik, G. m. b. H., Danziger Schelmüh). Am 1. Juli erfolgt auf alle bisher gezahlten Stundenlöhne ein Aufschlag von 2 Pfg.

Duisburg (Möbelfabrik Christian Gatermann). Ab 1. Juli wird die wöchentliche Arbeitszeit von 55 auf 51 Stunden verkürzt. Der Durchschnittslohn der Schreiner steigt auf 59 Pfg., der der Maschinenschreiner auf 61 Pfg. pro Stunde.

Freiburg i. B. (Schreinerergewerbe). Ab 1. Juli wird die wöchentliche Arbeitszeit von 55 auf 54 Stunden herabgesetzt. Der Durchschnittslohn steigt von 52 auf 55 Pfg. pro Stunde. Auf alle bisher gezahlten Stundenlöhne erfolgt ein Aufschlag von 3 Pfg.

Freising (Sämtliche Schreinerereien). Die bisher bezahlten Löhne sämtlicher Gesellen werden am 15. Juli um 1 Pfg. die Stunde erhöht.

Gelsenkirchen mit Rotthausen und Schonnebed (Schreinerergewerbe). Der Durchschnittslohn für Schreiner und der in Schreinerbetrieben beschäftigten Drechler, Weizer, Polierer und Bildhauer wird am 1. Juli von 55 Pfg. pro Stunde auf 58 Pfg. erhöht. Für Maschinenschreiner stellt sich der Durchschnittslohn um 5 Pfg. höher als bei der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10 Prozent niedriger als der Durchschnittslohn. Die unterste Lohngrenze für Gesellen des zweiten Gesellenjahres darf nicht niedriger sein als 15 Prozent unter dem Durchschnittslohn. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnhöhung von 1 Pfg. pro Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohnhöhung sinngemäße Anwendung.

Greifeld (Pianofortefabrik Stephan Hein, Inhaber H. Lagelée). Auf alle Stundenlöhne wird ab 1. Juli ein Aufschlag von 1 Pfg. gewährt.

Landshut mit Ahdorf (Schreinerergewerbe). Für Gesellen vom dritten Gesellenjahre an steigt der Mindestlohn am 1. Juli von 37 Pfg. auf 38 Pfg. die Stunde, der Mindestlohn der Gesellen vom 23. Lebensjahre an erhöht sich von 40 Pfg. auf 41 Pfg. Die bisher bezahlten Stundenlöhne sämtlicher Arbeiter erhöhen sich um 1 Pfg.

Münster (Tischlergewerbe). Der Durchschnittslohn für Tischler und Drechsler erhöht sich am 1. Juli auf 50 Pfg. Der Durchschnittslohn für Maschinenschreiner an Fräse, Rehl- und Schlämmaschinen stellt sich um 5 Pfg. höher. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10 Prozent niedriger als der Durchschnittslohn. Die unterste Lohngrenze für Gesellen im zweiten Gesellenjahre darf nicht niedriger sein wie 15 Prozent unter dem Durchschnittslohn. Auf alle bisher gezahlten Stundenlöhne erfolgt ein Aufschlag von 1 Pfg.

Meiße (Tischlergewerbe). Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt ab 1. Juli statt 58 nur 57 Stunden. Auf alle bisherigen Stundenlöhne erfolgt ein Aufschlag von 1 Pfg.

Neustadt a. S. (Schreinergewerbe). Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt ab 1. Juli 55 1/2 Stunden. Montags ist eine halbe Stunde später Arbeitsbeginn. Alle bisher gezahlten Stundenlöhne erhöhen sich um 1 Pfg.

Oberhausen (Tischler-Zinnungsmeister). Die wöchentliche Arbeitszeit wird ab 1. Juli von 57 auf 56 Stunden vermindert. Der Durchschnittslohn für Schreiner steigt auf 55 Pfg., für Maschinenschreiner auf 53 Pfg. Alle Gesellen erhalten eine Lohnerrhöhung von 1 Pfg. die Stunde.

Posen (Röbelschleierei). Die wöchentliche Arbeitszeit verringert sich ab 1. Juli um 1 Stunde und beträgt dann 55 Stunden. Die bisher gezahlten Löhne sämtlicher Arbeiter erhöhen sich um 1 Pfg.

Posen mit Gowno, Winiaty, Dembsen und Gurtzschin (Wautischerbetriebe). Ab 1. Juli beträgt die wöchentliche Arbeitszeit statt wie bisher 56 nur 55 Stunden. Der Stundenlohn eines jeden Arbeiters erhöht sich um 1 Pfg. Der Mindestlohn erhöht sich auf 44 Pfg.

Prießnitz (Augustmöbelfabrik von D. F. Schulze). Der Stundenlohn sämtlicher organisierter Arbeiter erhöht sich am 1. Juli um 1 Pfg. Der Mindeststundenlohn der Tischler erhöht sich auf 44 Pfg., derjenige der Maschinen- und Hilfsarbeiter auf 39 Pfg.

Reddinghausen, Stadt und Amt (Schreinergewerbe). Der Durchschnittslohn für Schreiner und in Schreinerbetrieben beschäftigten Drechsler, Weizer, Polierer und Bildhauer wird am 1. Juli von 55 Pfg. pro Stunde auf 56 Pfg. erhöht. Für Maschinenschreiner stellt sich der Durchschnittslohn um 5 Pfg. höher als der der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10 Prozent niedriger als der Durchschnittslohn. Die unterste Lohngrenze für Gesellen des zweiten Gesellenjahres darf nicht niedriger sein als 15 Prozent unter dem Durchschnittslohn. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnerrhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohnerrhöhung sinngemäße Anwendung.

Regensburg (Orgelbauanstalt Binders Nachfolger). Der bisher bezahlte Stundenlohn erhöht sich ab 1. Juli um 1 Pfg.

Reuscheid (Schreinergewerbe). Sämtliche Arbeiter erhalten am 15. Juli eine Lohnerrhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohnerrhöhung sinngemäße Anwendung.

Schramberg (Röbelfabrik Ferdinand Roser & Sohn). Auf sämtliche bisher bezahlten Stundenlöhne erfolgt am 1. Juli ein Aufschlag von 1 Pfg. Es erhöhen sich die Mindeststundenlöhne: für ungelernete Detailarbeiter über 21 Jahre auf 41 Pfg., für eingelernte Detailarbeiter, Polierer und Maschinenarbeiter an gewöhnlichen Maschinen auf 44 Pfg., für gelernete Schreiner unter 21 Jahre auf 46 Pfg., für gelernete Schreiner, Maschinenarbeiter an Fräsern, Bandsägen und Kreisbögen zum Zusammenbau, Zintenfräse, Ziehfräse, Ziehfräse, Zapfenschnitt- und Fügmachine über 21 Jahre auf 50 Pfg., für Fertigmacher und Zusammenbauer über 25 Jahre auf 54 Pfg.

Schweidnitz (Tischlergewerbe). Der Mindestlohn vom zweiten Gesellenjahre an erhöht sich ab 1. Juli auf 33 Pfg. Die Stundenlöhne aller Arbeiter werden um 1 Pfg. aufgebessert.

Siertrade (Tischler-Zinnungsmeister). Der Durchschnittslohn der Schreiner erhöht sich am 1. Juli auf 52 Pfg. pro Stunde, der Durchschnittslohn für perfekte Maschinenschreiner auf 55 Pfg. Die Stundenlöhne aller beschäftigten Arbeiter werden um 1 Pfg. aufgebessert.

Stuttgart (Bürstenindustrie). Auf alle bisher bestehenden Löhne der Lohnarbeiter erfolgt ab 1. Juli ein Aufschlag von 2 Pfg. die Stunde.

Witten an der Ruhr (Betriebe der Tischler-Zinnungsmeister). Der Durchschnittslohn der Gesellen erhöht sich auf 55 Pfg. Die Löhne aller Gesellen werden um 1 Pfg. pro Stunde erhöht. Der Durchschnittslohn für perfekte Maschinenschreiner ist um 3 Pfg. höher.

Tarifabschluss der Würstlermacher in St. Löniz bei Krefeld. Der Kampf bei der Firma M. G. Ferverz, Würstler- und Wurstfabrik, führte zum Abschluss eines Vertrages. Für Ueberstunden wird ein Aufschlag von 20 Prozent, für Nachtarbeit ein solcher von 40 Prozent gezahlt. Der Stundenlohn der Akkordarbeiter und Arbeiterinnen wird nach dem Durchschnittsverdienst der letzten vier Wochen berechnet, was eine wesentliche Erhöhung bedeutet. Ebenfalls erhalten die im Lohn beschäftigten Kollegen 2 bis 3 Pfg. mehr pro Stunde. Die Preise für die in Akkord herzustellenden Arbeiten wurden bis zu 12 Prozent erhöht. Die Kündigungsfrist ist eine acht-tägige. Der Vertrag läuft bis zum 1. Juni 1914. Wenn derselbe auch nicht als Muster dienen kann, so muß doch betont werden, daß er bedeutende Vorteile bietet, die ohne die Organisation niemals zu erreichen waren. Die Kollegen und Kolleginnen werden nun für die strikte Durchführung des Vertrages sorgen müssen. Zweifellos wird der Abschluß ein Ansporn sein, für den Verband zu werben, um damit einen dauernden und starken Rückhalt zu schaffen.

War da am 13. Juni eine Betriebsversammlung der Arbeiter bei Gebrüder Schönborff, der bekannten roten Hochburg, mit ihrem famosen Zwangsarbeitsnachweis, in der es hoch herging. Darauf läßt wenigstens ein Bericht in der hiesigen sozialdemokratischen „Volkszeitung“ schließen. Natürlich haben wir unseren Teil auch mitbekommen — wie das so Sitte ist. — Wie das kam? — Zunächst entrüstete man sich, nicht ganz mit Unrecht darüber, daß die Betriebsleitung wegen einiger Spitzbuben, die im Betriebe bereits ihr Gewerbe ausüben sollen, ein Exempel an der ganzen Arbeiterschaft statuieren wollte. Man sagte eine Resolution, in welcher entschieden protestiert wird, daß wegen einiger Unheiligen gleich alle Arbeiter unehrlich sein sollten, und, daß man im „Falle eines Falles“ sich solidarisch erklären würde. Da haben die Kollegen der anderen Faktultät schon recht. Es ist nicht schön vom Herrn Schönborff, daß er, wenn ihn einige Mitglieder des roten Holzarbeiterverbandes beschließen, nun alle anderen Arbeiter auch als Spitzbuben ansieht. So etwas das gehört sich einfach nicht. — Dann kamen wir an die Reihe. In dem Schönborffschen Betriebe sind nämlich noch acht Kollegen unseres Verbandes beschäftigt, bei denen selbst die erbärmlichsten Mittel nicht ziehen, um sie „umzutauschen“. Da muß doch endlich einmal Abhilfe geschaffen werden. Gelegenheit hierzu sollten zwei Einigungsamts-Sitzungen geben. Zunächst die eine. Der alte Sondervertrag bei Schönborff sah als Montagelohn für sechs Werktage 2,60 Mk. und für den Sonntag 3,50 Mk. als Spesen vor. Der neue allgemeine Vertrag dagegen enthält einen Einheitslohn von 3 Mk. pro Tag, für sieben Tage. Die Arbeiter verlangten also 3 Mk. für die Werktage und 3,50 Mk. für den Sonntag, wogegen die Firma sich sträubte. Also kam die Sache an das Einigungsamt. Auch da nach langer Debatte keine Einigung. Der rote Verband stellte den Antrag, die Sache den Zentralvorständen zur Entscheidung zu überweisen. Man wollte aber vorher wissen, wie sich unsere Kollegen zu der Sache stellen. Unser Kollege Heinholt erklärte jedoch, daß es nach der langen Debatte zweifellos sei, sich noch weiter zur Sache zu äußern, da doch keine Einigung erzielt werden würde und beantragte die Angelegenheit ohne weitere Diskussion den Zentralvorständen zur Entscheidung zu überlassen. Diesem wurde allerseits sofort entsprochen. Der Antrag auf Entscheidung ging aber nicht an die Zentralvorstände, sondern Schönborff zahlte so. Nun kommt das dicke Ende. Unsere Vertreter auf dem Einigungsamt stellten sich also genau auf denselben Standpunkt, wie die des roten Verbandes, das hindert diese aber nicht, frechweg zu behaupten, die „Christen“ haben sich gegen die Verbehaltung der 3,50 Mk. in Gemeinschaft mit den Arbeitgeberern „gewehrt“. Na ja, auf einen Schwindler mehr oder weniger kommt es den Herrschaften nicht an, geheht muß werden. — Weiter: Am 2. April 1913 fand eine andere Einigungsamts-Sitzung statt. In derselben wurde auf unseren Antrag über das rote Arbeitsmonopol bei Schönborff verhandelt und folgende Resolution beschlossen: „Das Einigungsamt stellt ohne Widerspruch fest, daß der Deutsche Holzarbeiterverband den anderen Organisationen gegenüber nicht die Parität wahr und gegen § 48 und 49 des Vertrages verstößt. Ferner, daß die Firma Schönborff jeden Arbeiter einstellt, ohne Rücksicht darauf, ob er einer Organisation und welcher er angehört.“ Der letzte Satz heißt in die Praxis übersetzt: Das will sie wohl, aber sie darf nicht! Anstatt nun über die, für den sozialdemokratischen Holzarbeiterverband äußerst blamable Sitzung gar nicht zu reden, werden ganz beweislose Behauptungen aufgestellt. Die roten Vertreter benahmen sich nebenbei bemerkt, sehr busenhaft, sie störten die Sitzung durch fortgesetztes Heraus- und Hereinkommen, konnten also den eigentlichen Verhandlungen gar nicht folgen. Trotzdem faßelt man von „Betrieb besetzen wollen“, von „Streikbrecher!“ und wie diese netten Dinge alle heißen. Unangenehm ist es allerdings für die Genossen, daß der unerträgliche Terrorismus einmal vor aller Augen aufgedeckt wurde. Die Betriebsleiter mußten unsere Angaben bestätigen und erklären, daß sie dem Verhalten des roten Verbandes einfach machtlos gegenüber stehen. Ja einer der Direktoren ging sogar so weit und sagte: „Wir dürfen mit allen Leuten zusammenarbeiten, ganz gleich ob sie aus dem Gefängnis oder aus dem Zuchthaus kommen, nur christliche Arbeiter dürfen wir nicht aufnehmen.“ (Dann darf sich der Herr Direktor auch nicht beschweren, wenn er bestohlen wird). Da unser ständiger Kampf diesen unwürdigen Verhältnissen gegenüber, die Gemüter nicht zur Ruhe kommen läßt, muß darauf los gehetzt und gelogen werden. — Des Rätsels Lösung scheint uns aber eine andere zu sein. — Gegenwärtig werden die Verabungen zur Erneuerung des Akkordtarifes im Betriebe gepflogen. Entweder ist man sich seiner Schwäche bewußt, oder aber die Radikalinstanz sind nicht richtig zurieden zu stellen und da sieht man sich am besten beiseiten nach einem Karneval um. Also: huns-dich-los auf die „Christen“! Unseren Kollegen ist es schon lange bekannt, daß da, wo die roten Verbändler in erdrückender Mehrheit sind, bei großen Aktionen von der Leitung regelmäßig „gebreust“ wird, — daß wissen die Genossen überdies selbst schon genau — so scheint es auch bei dieser Firma zu kommen. Also heißt es: „Genossen kuschelt euch, seid schon brav. Die „Christen“ warten auf eure Plätze, sie wollen „Streikbrecher“ machen.“ Das wirkt natürlich wie der rote Lappen auf den Stier und die Verbandsleitung ist wieder aus einer unangenehmen Situation heraus. Abgesehen davon, daß es recht feig ist, wenn sich die Genossen bei Schönborff wegen der acht Kollegen (gegen 450) ständig in Todesangst jagen lassen, meinen wir, müßte doch selbst dem Verbotsheften noch so viel Grütze geblieben sein, daß er den Schwindler schon ganz aus sich selbst heraus erkennt. Das ist übrigens eine richtige Zumpenmanier: Ins Gesicht freundlich, — hinter dem Rücken feste druff!

Burgsteinfurt. Durch die ausdauernde Arbeit einiger Kollegen ist es vor kurzem gelungen, auch hier dem Verbands Einigung zu verschaffen. Es hat in den vorhergehenden Jahren nicht an Versuchen gefehlt, die Kollegen der Organisation zuzuführen; sie führten aber nicht zum Ziel. Die Tatsache, daß diesmal die Kollegen aus sich heraus den Wunsch äußerten, sich der Organisation anzuschließen, darf wohl zu der Hoffnung berechtigen, daß das Begonnene dauernden Bestand haben wird. Nach jahrelangen Ueberlegen darf man wohl annehmen, daß es den Kollegen nun Ernst ist. Am Orte ist besonders die Röbelschleierei gut vertreten, darunter ein größerer Betrieb, in welchem

die Akkordarbeit vorherrscht. Die Verhältnisse in den einzelnen Werkstätten lassen manches zu wünschen übrig. Die bisherige Versammlung haben gezeigt, daß die Zahlstelle bei allseitiger Mitarbeit der Kollegen zu guten Hoffnungen berechtigt, so daß in absehbarer Zeit auch in Burgsteinfurt die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so gestaltet werden können, wie sie in anderen Orten des Münsterlandes durch eine gute Organisation herbeigeführt worden sind.

Kuß. Zu wiederholtem Mal ist schon, gestützt auf Tatsachen, gezeigt worden, welche Früchte die sozialdemokratische Erziehung innerhalb der „freien“ Gewerkschaften treibt. Ein krasser Fall hat sich hier in der Zahlstelle des roten Küferverbandes zugetragen. Im vergangenen Jahre wurde in der Küferei Falkenstein eine Lohnbewegung eingeleitet, woran auch wir, weil wir dort 5 Kollegen organisiert hatten, uns beteiligten. Da dies dem Bezirksleiter Wagner vom roten Küferverband nicht behagte, suchte er nach einem Mittel, uns auszuschalten. Durch unehrliche Manipulationen brachte er es soweit, daß er ohne unser Wissen verhandelte und den Tarifvertrag mit dem Arbeitgeber allein abschloß, trotzdem bis zu den mündlichen Verhandlungen alles gemeinsam gemacht worden war. Dann ging der „Arbeiterführer“ hin und stellte bei unseren Mitgliedern die Sache so dar, als ob unser Verband ihre Interessen nicht wahrte. Damit erreichte er, daß 3 Kollegen übertraten und 1 Kollege austrat. Natürlich wurde dieser „Sieg“ in echt sozialdemokratischer Weise gefeiert und die Leute recht warm gemacht für den roten Küferverband. Doch: Wer an anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein! So auch hier! Kaum ist der neue Tarif abgeschlossen, noch sind die Neuerungen nicht alle durchgeführt, da wirkt aber auch schon die sozialdemokratische Erziehung. Die Küfer fühlen sich allein stark genug, haben den Küferverband nicht mehr notwendig, werfen den Tarif um und schließen selbständig einen anderen Tarif mit dem Arbeitgeber ab. Natürlich als Leute, die die sozialdemokratische Erziehung bejehet haben und allein imstande sein sollen, Arbeiterinteressen zu vertreten mit ansehnlichen „Verbesserungen“. Hier eine kleine Anekdote. Die Arbeitszeit wird um wöchentlich 1 1/2 Stunden verlängert, der Stundenlohn von 65 Pfennig auf 55 Pfennig heruntergedrückt, der Wochenlohn von 34 Mk. auf 32 Mk. erniedrigt. Die Tarifdauer wurde von 1 Jahr auf 5 Jahre festgelegt. Sonstige Verbesserungen, die der alte Vertrag in sich barg, wie Regelung der Ueberstunden, des Urlaubs, Besuch der Kontrollversammlungen usw. wurden einfach fallen gelassen. So geht's weiter, nichts wie Verschlechterungen größter Art. Der Bezirksleiter Wagner kann mit Stolz auf diesen „Erfolg“ zurückblicken und im Selbstgefühl seiner Eigenschaften als „Arbeiterführer“ sagen: Das ist mein Werk! Hätte er damals wirklich praktische Gewerkschaftsarbeit leisten wollen, wäre er geneigt gewesen, mit uns gemeinsam die Bewegung zu regeln, hätten ihm die Interessen seiner ihm anvertrauten Kollegen näher gestanden als der Haß gegen unseren Verband, würden heute die Arbeiter der Falkensteinischen Küferei nicht im gelben Sumpf herumlaufen. — Wir aber, als christliche Gewerkschafter, wollen nicht eher ruhen, bis auch der letzte Kollege, der es ehrlich mit der Bekämpfung seiner Berufsinteressen meint, in unseren Reihen steht.

Fulda. Auf sonderbare Zustände im Fuldaer Schreinergerwerbe möchten wir hinweisen. In dem Geschäft des Obermeisters der Schreinerinnung, das er mit seinem Sohn gemeinsam betreibt, mußten sämtliche beschäftigten Kollegen das Gewerbegericht in Anspruch nehmen, um ihren fälligen Arbeitslohn zu erhalten. Aber auch ein Gewerbegerichtsurteil nützte nichts und bleibt den Kollegen nichts anderes übrig, als das Urteil vollstrecken zu lassen; vorausgesetzt, daß etwas zu holen ist. Daß in die Zwangsankarten einzelner Kollegen seit Jahren keine Marke eingeklebt wurde, weist ein sonderbares Licht auf die amtlichen Stellen, welche jährlich mit der Kontrolle beauftragt sind. Auch die Werkstätte des Meisters Schwarz muß in Ermahnung gebracht werden. Glaubt doch dieser Arbeitgeber, die Verhältnisse von vor mehreren Jahrhunderten wieder zurückrufen zu können, wo jeder Geselle von dem Meister mit dem irdischen „Du“ angeredet wurde. Auch mit der Entlohnung möchte der Herr am liebsten um hundert Jahre zurückgehen. Bietet er doch Gesellen, die im kräftigsten Mannesalter stehen und ihre fachlichen Kenntnisse mehrere Jahre hindurch in anderen Städten erworben haben, 35 Pfg. Stundenlohn an. Möglich ist's, daß er die Löhne nach seinen eigenen Leistungen bemißt. Vor 1 1/2 Jahren hat der Obermeister der Innung geglaubt, uns an den Tarifvertrag erinnern zu müssen. Es würde uns freuen, wenn der Vorstand der Schreinerinnung auch seine Mitglieder an den Tarifvertrag erinnern würde. Manche Zusammenkünfte würden sich dann vermeiden lassen. Auch mit der Lehrlingsfrage werden wir uns demnächst beschäftigen müssen, blüht doch hier eine Lehrlingszucht wie kaum irgendwo anders. Ob die Jungen etwas lernen, ist dabei Nebensache. Kommt es doch vor, daß Jungen 2 Jahre in der Lehre sind und noch keine Hobelbank haben. Nach beendeter Lehrzeit wird ihnen der Stuhl vor die Türe gesetzt. Man sieht, daß wir Fuldaer Holzarbeiter allen Grund haben, stets auf dem Posten zu sein. Und wenn unsere Reihen stets geschlossen sind, sind wir in der Lage, allen Anforderungen unseres Standes gerecht zu werden. — In Nr. 54 des „Korrespondent“, dem Organ des sozialdemokratischen Verbandes der Buchdrucker, beschäftigt man sich mit angeblichen parteipolitischen Neutralitätsverletzungen der christlichen Gewerkschaften in Fulda. Als ersten Beweis führt man an, daß christliche Gewerkschaftssekretariate und das katholische Volksvereinssekretariat hätten eine gemeinsame Telefonnummer. Da die beiden angeführten Sekretariate ihre Bureaus im gleichen Hause haben, so ist es selbstverständlich, daß zur Ersparrung von unnötigen Kosten dieselben das Telefon gemeinsam benutzen. Daß das eine Neutralitätsverletzung sein soll, kann nur ein Mensch mit sehr kranken Gedankengängen behaupten. Eine weitere Verletzung der Neutralität findet man darin, daß in einer Versammlung der Zahlstelle Fulda des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter ein Vortrag über das preussische Landtagswahlrecht gehalten wurde. In Zukunft werden wir wohl den Artikelschreiber erst als Zensur erbitlen müssen, ehe wir einen Vortrag zur staatsbürgerlichen Aufklärung unserer Mitglieder halten lassen; denn nur um einen solchen hat es sich gehandelt und sind parteipolitische Fragen gar nicht erörtert worden. Wir wissen nicht ob der Artikelschreiber aus Fulda identisch ist mit dem Herrn, dessen Charakterbild kürzlich im „Typograph“ dem Organ des Guldenbergbundes, in einer Weise geschildert wurde, daß seine eigenen Verbandskollegen sich für ihn geschämt haben. Das eine wollen wir dem Herrn sagen: wenn er keine anderen Beweise ins Feld führen kann, so hätte er besser getan, wenn er geschwiegen hätte. Er könnte seine anscheinend recht umfangreiche freie Zeit besser verwenden für die Durchführung des Tarifvertrages in seinem Gewerbe, damit nicht die christlichen Gewerkschaften den Anstoß dafür geben müssen, daß in verschiedenen Betrieben die Mitglieder des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes den Tariflohn erhalten, trotzdem dieser derselben in leitender Stellung baselbst sind.

Berichte aus den Zahlstellen.

Düsseldorf. Der spiritus rektor der Zahlstelle Düsseldorf des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, ein Mann, der gerne und viel redet und dem es dabei nicht darauf ankommt, ob sich „die Wälder biegen“, wenn nur die „Christen“ anständig „verdammt“ werden, hat mal wieder einen großen Tag gehabt.

Gewerkschaftliches.

„Christliches aus Köln“.

Immer dieser Stimmkarte versucht ein schreiblustiger „Genosse“ aus Köln in der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ unserer Jahrsliste Köln bezw. deren Verwaltung verschiedene, Armentümern anzuordnen. Die „Genossen“ können es nicht begreifen, daß wir für die Einführung des paritätischen Facharbeitsnachweises so wenig Verständnis zeigen. Der Kritiker schreibt nicht wohl, den von unserer Jahrsliste Köln angegebenen Grund der Ablehnung des paritätischen Facharbeitsnachweises zu nennen. Er findet es auch nicht der Mühe wert, auf die Gründe einzugehen, die eine anderweitige Regelung der Arbeitsvermittlung im Kölner Holzgewerbe notwendig erscheinen lassen könnten. Der Boden scheint den Kölner „Genossen“ doch etwas zu schlüpfrig zu sein.

Da die „Holzarbeiter-Zeitung“ auch von hohen Forderungen fasselt, die wir stellen, um vor den Mitgliedern damit zu prunken, hängen wir diese Verdrängung nur tiefer. Eine solche Praxis überlassen wir ruhig den „Genossen“. Erinnert sei nur daran — um nur einen Fall zu nennen —, daß bei der Revision des Bauanschläger-Aktordraris in Köln die „Genossen“ Forderungen stellen, die über 50 Prozent über das hinausgingen, als was auf Grund des allgemeinen Vertrages gefordert werden konnte. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ sucht weiter darzulegen, daß bei den jüngsten Tarifverhandlungen in Köln ein Vertreter unseres Verbandes gesagt habe, unsere Jahrsliste vermittelte Leute auch unter Tariflohn. Diese Behauptung ist weiter nichts als eine Verdrehung und Verleumdung. Sollen wir mal untersuchen, wie viele Genossen heute in Köln unter Tarif arbeiten? Hat doch einer ihrer führenden Geister bei einer Besprechung über den Aktordraris für Bauanschläger erklärt, daß eine ganze Reihe ihrer Mitglieder weit unter Tarif die Arbeiten ausführen. Also nur etwas gemacht mit den Verdrehungen und Verdrängungen, sonst könnten wir veranlaßt werden, den Spieß umzudrehen.

Wenn es den „Genossen“ ehlich um Einführung des paritätischen Facharbeitsnachweises in Köln zu tun ist, warum verstanden sie, daß zwei Tage bevor sie an unsere Jahrsliste herantraten, an die Kölner Arbeitgeber Karten, auf denen sie ihren Verbandarbeitsnachweis in empfehlende Erinnerung bringen? Dabei scheuen sie sich gar, ihre Firma klar und deutlich anzugeben. Auf den Karten steht: „Arbeitsnachweis der Holzarbeiter in Köln“. Als ob die „Genossen“ die alleinigen Vertreter der Kölner Holzarbeiter wären. Um die arbeitslosen Mitglieder unterzubringen, scheint sich die Leitung der roten Jahrsliste nicht, persönlich bei einzelnen Arbeitgebern vorzusprechen mit dem Gesuchen, bei Einstellungen „ihre Leute etwas mehr zu berücksichtigen.“ Angehts dieser Tatsachen wagt man es, unsere Organisation zu verdrängen. Sollten die Führer der „Holzgenossen“ in Köln glauben, durch ein solches Verhalten ihre Reihen mehr zu festigen, dann soll uns das recht sein. Wer den Kürzeren dabei zieht, das werden die „Genossen“ schon bald erfahren.

Konferenz evangelischer Arbeiter. Um Stellung zu nehmen zu den neuerdings heftig entbrannten Kämpfen um die gewerkschaftliche Organisation der evangelischen Arbeiter hatten sich am 22. Juni über 500 Vertreter der in den christlichen Gewerkschaften organisierten evangelischen Arbeiter aus ca. 170 Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in Kriegerheim zu Essen versammelt. Gewerkschaftssekretär Schlabaugh-Dortmund eröffnete die Konferenz mit einer Würdigung des Kaiserjubiläums vom Arbeiterstandpunkte aus. Wir christlich-nationale Arbeiter stehen unerschütterlich zu unserem Kaiser. Wir halten ihn die Dreie in guten wie in bösen Tagen. Ueber „Die evangelische Arbeiterbewegung und die gewerkschaftlichen Kämpfe der Gegenwart“ hielt dann Gewerkschaftssekretär Meyer-Essen einen längeren Vortrag. Der Redner begründete ausführlich die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Mitarbeit der evangelischen Arbeiter in den christlich-nationalen Gewerkschaften. Eine andere Gewerkschaftsorganisation komme für bedrängte evangelische Arbeiter nicht in Frage. Ebenso unwirksam wie die Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften sei aber auch die Beteiligung in den konfessionellen Arbeitervereinen. Jeder evangelische christliche Gewerkschaftler müsse Mitglied eines evangelischen Arbeitervereins sein und durch praktische Mitarbeit seinen Einfluß geltend machen, damit die einzelnen Vereine im Sinne der wiederholt gefassten Beschlüsse geeicht würden, die eine Massenbewegung mit den christlichen Gewerkschaften und gegenseitige praktische Förderung beabsichtigen. Das Hand-in-Hand-arbeiten beider Organisationen sei gegenwärtig um so wichtiger, als der christlich-nationale Arbeiterbewegung in den letzten Gewerkschaftsjahren ein neuer Segen erstanden sei. Infolge der ihnen zur Verfügung stehenden Finanzkraft und der wirtschaftlichen Macht vieler Arbeitgeber sei es den Vereinen vielfach möglich, christlich-nationalen Arbeitern und auch evangelischen Arbeitervereinen Schwierigkeiten zu bereiten. Diese Schwierigkeiten hätten die selben bereits so nachhaltig erregt, daß die rheinisch-westfälischen evangelischen Arbeitervereine sich veranlaßt gesehen hätten, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Es liegt bereits der Gedanke vor, daß gelbe Arbeitervereine, die als Mitglieder von evangelischen Arbeitervereinen in den Vereinen für die gelbe Bewegung agieren, aber öffentlich gegen Beschlüsse und Anordnungen der evangelischen Arbeitervereine Stellung nehmen, ausgeschlossen werden. In diesem Ausschluß der evangelischen Arbeitervereine gegen die Arbeitervereine müsse jeder evangelische christliche Gewerkschaftler seinen Mann stehen. Der Redner gab im Laufe seiner Darlegungen folgende Aufstellung über die Verteilung der Mitglieder in den Kreisen der gelben Vereine bekannt, wobei er betonte, daß das nur ein Teil der Verteilung sei, da viele Vereine, die ihnen vom Unternehmer gebildet wurden, nicht zählten. Es erschienen die Verteilung von

Uebersicht: 000 000 Mk.	
Rörlingsdorfer Werke	20 000
Burbacher Hütte	31 412
Schuhfabrik Wessels, Augsburg seit 1907	15 000
Wert Augsburg 1905	140 000
1911	104 455
Fuldaer Stanz u. Emaillewerk F. G. Bellinger	10 000
Porzellanfabrik Weiden F. G. Bellinger	3 000
Gebrüder Baumann, Amberg	10 000
Boßh, Geldernheim	125 000

Sa. 512 702

Mit der Mahnung zu unermüdlicher Weiterarbeit schloß Kollege Meyer seine Ausführungen, für die er den lebhaftesten Beifall erntete. Im Anschluß daran wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heute im Kriegerheim zu Essen tagende, von über 500 Personen besuchte Vertreterkonferenz evangelischer christlich-nationaler Arbeiter spricht dem Rheinisch-Westfälischen Verband evangelischer Arbeitervereine ihren Dank und Anerkennung aus für die tapfere Haltung gegenüber der gelben Bewegung. Die Vertreter geloben, dahin zu wirken, daß sich alle evangelischen Kollegen der christlich-nationalen Gewerkschaften den evangelischen Arbeitervereinen anschließen und letztere im Kampfe gegen die gelben Werkvereine aufs nachhaltigste unterstützen. An die auf christlich-nationale Boden stehenden evangelischen Berufskollegen richtet die Konferenz den Appell, sich, soweit es noch nicht geschehen ist, den christlich-nationalen Gewerkschaften anzuschließen. Die christlich-nationalen Gewerkschaften sind die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen und die wirtschaftlichen Vorteile ihnen wegen ihrer Abhängigkeit und Unselbständigkeit, aber auch aus sittlich-religiösen, sozialwirtschaftlichen und nationalen Gründen nicht als Interessenvertretung einer selbstbewußten und charakterfesten Arbeiterschaft anzusehen.“

An der nunmehr folgenden Diskussion, die sehr lebhaft war, beteiligten sich u. a. die Vertreter: Michaelis-Hochum, Pyrak-Buer, Kusten-Kellinghausen, Gillenbrandt-Menden, Köller-Schwelm, van Schuiel-Düsseldorf, Gewerkschaftssekretär Waltrusch-Köln und Reichstagsabgeordneter Behrens-Essen. Letzterer erklärte, daß durch das Entstehen der gelben Bewegung der nationale Gedanke in der Arbeiterbewegung schwer geschädigt worden sei. Ferner wies Abgeordneter Behrens auf die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Jugendarbeit in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hin. Nach einem kurzen Schlusswort des Gewerkschaftssekretärs Meyer und einem begeisterten Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung wurde die Konferenz geschlossen.

Der paritätisch-obligatorische Arbeitsnachweis im Holzgewerbe findet auch im Jahresbericht für das Jahr 1912 der Berliner Handelskammer eine Würdigung. U. a. wird dort gesagt:

„Der Geschäftsumfang des gemeinsamen Arbeitsnachweises zeigte im Berichtsjahre einen Rückgang. Die Zahl der Arbeitslosen ist zwar noch etwas gestiegen, die offenen Stellen und Vermittelungen haben aber nachgelassen. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß der Nachweis die an ihn gestellten Anforderungen nicht zu erfüllen vermag. Das Obligatorium, das für die ersten 24 Stunden besteht und dem Arbeitgeber erst nach dieser Frist die Besetzung einer offenen Stelle auf andere Weise gestattet, hat sich nicht bewährt. Die Unternehmer beschwerten sich über zuweilen ungenügende Arbeitskräfte, und aus Arbeiterkreisen erkund, wenn auch mit Vorbehalt, die gleiche Klage. Es werden fast ausschließlich nur sehr tüchtige Arbeiter verlangt, die auf die in Betracht kommenden Artikel gut eingearbeitet sind und höhere Löhne in kurzer Frist herzustellen vermögen. Dies gilt insbesondere für die Werkstätten mit Teilarbeit. Auch von den hierbei erwerbenden Hilfsarbeitern wird bereits eine größere Fertigkeit verlangt.“

Wie die Kirche Arbeiter brotlos macht. Unter diesem Titel durchläuft die sozialdemokratische Presse eine Notiz, wonach bei Kölner Kirchenbauten Arbeiter entlassen wurden, die sozialdemokratisch organisiert sind. Die Entlassung sei nach Aussage der Bauunternehmer erfolgt, auf Drängen des Kirchenvorstandes. An diese Mitteilung wird die Bemerkung geknüpft, daß jedenfalls der christliche Bauarbeiterverband hinter den Kirchenvorständen stehe. Richtig dürfte sein, daß seitens der christlichen Arbeiter die Kirchenvorstände angegangen sind, daß bei Kirchenbauten auch christlich organisierte Arbeiter beschäftigt werden. Vorgänge an verschiedenen Kirchenbauten in Köln in den letzten Jahren sind geradezu ein offenkundiger Skandal gewesen. Die sozialdemokratischen Arbeiter nutzten ihre Macht rücksichtslos aus und schien es ihnen einen besonderen Spaß zu machen, die christlichen Arbeiter gerade von den Kirchenbauten hinwegzuerotieren. An vielen Kirchenbauten ist dann auch nicht ein einziger christlich organisierter Arbeiter beschäftigt gewesen. Auf das energische Drängen der christlichen Arbeiter hin, scheint jetzt eine Besserung der Dinge zu kommen, indem auch sie an den Kirchenbauten Beschäftigung finden. Vollständig erlogen ist es aber, wenn die rote Presse die Sache so darstellt, als würden nun an den Kölner Kirchenbauten sozialdemokratisch organisierte Arbeiter überhaupt nicht mehr beschäftigt. Wie die Oberverwaltung des christlichen Bauarbeiterverbandes der bürgerlichen Presse in Köln mitteilt, werden auch wie vor in der Mehrheit sozialdemokratisch organisierte Arbeiter an den Kirchenbauten beschäftigt und ist die Zahl der beschäftigten christlich organisierten Arbeiter nur eine ganz verschwindend geringe.

Befreiung der Gewerkschaften. Der Stenograph von Reich jüngerer Linie, hat sich das Vergnügen gefasst, den Gewerkschaftsgeheimen von Schlegel Stenograph zu psychisieren. Die dortige Jahrsliste des roten Holzarbeiterverbandes, die etwa 30 Mitglieder zählt, soll für das Jahr 1913 18,60 RM. Staatsentlohnung und 21,70 RM. an Gemeindeforderungen enthalten. Es dürfte dieses wohl der erste Fall sein, daß man versucht, die Gewerkschaften zu befeuern. Ob das Vergnügen des roten Stenographen allerdings Erfolg haben wird, ist eine andere Frage.

Eine große Metallarbeiterausperrung ist in Stuttgart erfolgt. Die bekannte Metallfirma Robert Bosch herrte

3000 Metallarbeiter aus, weil in der Werkzeugmacherei die Arbeiter die Arbeit niedergelegt hatten. Das Interessanteste bei dieser Aussperrung ist, daß der Inhaber als radikaler Sozialist gilt, in dessen Haus Größen der sozialdemokratischen Partei aus- und eingingen. Entsprechend seiner politischen Ueberzeugung hat er zahlreiche Forderungen der „Genossen“ in seinem Betriebe bereits erfüllt. So besteht dort der achtstündige Tag und der 1. Mai als Feiertag. Die Löhne der Firma stehen nach den Ausweisungen der Berufsgenossenschaft um über 60 Prozent höher als wie in anderen Betrieben. Der Betrieb hat immer als eine Hochburg der „Genossen“ gegolten. Die Meister seines Betriebes hat Bosch stets aus den Reihen der Arbeiter genommen, was natürlich dazu beitrug, daß sich ein nichtsozialdemokratischer Arbeiter im Betriebe sehr schlecht halten konnte. Das alles hat nicht verhindert, daß es jetzt zu einem Konflikt mit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband gekommen ist.

Die Streikbrechervermittlung wird heute bereits berufsmäßig ausgeübt. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen sich Personen keine andere Aufgabe gestellt haben, als die Vermittlung von Streikbrechern. Neben Elberfeld, Essen und Berlin ist der Sitz dieser Streikbrechervermittlungen vornehmlich in Hamburg. Einer der bekanntesten Vermittlungen dieser Art ist die Firma Lindenberg & Mayer in Hamburg-Wandsbeck. Diese Firma hat auch der zur Zeit von unserm Verbands bestrittenen Firma Rose in Beverungen 60 der „nützlichen Elemente“ geliefert. Viele Freude wird die Firma Rose an diesen Leuten nicht haben. Es befinden sich Elemente darunter, die viel eher in eine Korrekptionsanstalt, als in einen gewerblichen Betrieb passen. Neuerdings sendet die Streikbrechervermittlungsfirma Lindenberg & Mayer an die Arbeitgeber ein Schreiben, in der sie sich in empfehlende Erinnerung bringt. Wie das Schreiben besagt, kann für jeden Betrieb innerhalb 24 bis 48 Stunden die Vermittlung von ca. 1500 Streikbrechern übernommen werden. Die Firma ist auch bereit, die Uebernahme der bestrittenen Arbeit auf eigene Rechnung zu übernehmen. Viele industrielle Unternehmungen sowie Arbeitgeberverbände sollen sich bereits auf Jahre hinaus durch Vertrag verpflichtet haben, von dieser Firma in gegebenen Fällen Streikbrecher zu beziehen. Dem Schreiben beigefügt sind die Duplikate zahlreicher Anerkennungs-schreiben von bestrittenen Firmen, denen Arbeitswillige geliefert wurden. Unter den hier aufgeführten Unternehmungen finden wir die Waggonfabrik von Busch in Wauzen, die jetzt glücklich in Konkurs geratenen Delmenhorster Wagenfabrik Carl Tönjes u. G., die Pianofabrik Reiter-Winkelmann in Braunschweig, die Waggonfabrik in Rastatt, die deutsche Zelluloidfabrik in Eilenburg sowie die Möbelfabrik von Uster in Darmstadt. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die Firma im Jahre 1910 auch an die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft eine Anzahl Streikbrecher geliefert. Die Herrschaften haben sich dort derart rabiat aufgeführt, daß sie wegen Landfriedensbruch zu insgesamt 13 Jahren Gefängnis verurteilt werden mußten. Wenn die Arbeitgeber glauben, mit solchen Elementen die berechtigten Bestrebungen der Arbeiterschaft unterdrücken zu können, dann sind sie natürlich im Irrtum. Sie können die Bestrebungen der Arbeiterschaft dadurch wohl hemmen, aber nicht hindern. Zuguterletzt werden die Arbeitgeber, die mit diesen Leuten ihr Glück versuchen, selbst die Leidtragenden sein. In der Regel stellen sich die Kosten der Arbeitswilligenvermittlung und der Auslagen für die Arbeitswilligen bedeutend höher, als wie die Forderungen ihrer bisherigen Arbeiter.

„Auch international.“ Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ nimmt an der Abhandlung des Kollegen Gasteiger, München über „Die internationale christliche Arbeiterbewegung“, von der auch im „Holzarbeiter“ Notiz genommen wurde, Anstand. Man möchte Gasteiger gar zu gerne beziichtigen, daß durch seine Schrift der internationale Charakter der christlichen Gewerkschaften bekannt geworden sei. Die christliche Arbeiterbewegung lehne es zwar ab, im Sinne der sozialdemokratischen Bewegung als international zu gelten aber im Kern komme die Sache auf daselbe hinaus. Auch in der christlichen Arbeiterbewegung werde die nationale, vaterländische Idee zurückgedrängt, und durch die Vorstellung einer allgemeinen internationalen Verbrüderung ersetzt. — Die „Arbeiterzeitung“ mag sich gesagt sein lassen, daß der nationale Gedanke in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung jedenfalls einen stärkeren Fort findet, als wie bei den sich besonders national gebärenden Schachmachern. Diesen ist es zuletzt ganz egal, wo sie ihre Einkommensquellen haben. Je mehr Profit ein Unternehmen abwirft, und je billiger die Arbeitskräfte, desto lieber ist es ihnen. Ob die Betriebe in Deutschland, in Frankreich oder sonstwo liegen, ist ihnen ganz gleich. Das Großkapital ist eben international, daran ändern alle Bemühungen der „Arbeiterzeitung“, die christliche Arbeiterbewegung zu verdrängen, nichts. Die Herren von der „Arbeiterzeitung“ sollten zunächst einmal in ihren eigenen Kreisen Umschau halten, ehe sie andere der Internationalität beziichtigen.

Die französische Regierung gegen die Gewerkschaften. Der französische Arbeitsminister hat im Parlament eine Gesetzesvorlage über die Reform des Gewerkschaftsrechts eingebracht. Der Grund des Gesetzesentwurfes ist die Beteiligung der französischen Gewerkschaften an der antimilitaristischen Propaganda. Die Agitation gegen die dreijährige Dienstzeit in Frankreich wird vornehmlich von den Arbeiterorganisationen betrieben. Dem einen Riegel vorzuschieben, ist wohl der hauptsächlichste Zweck der Vorlage. Letztere sieht insbesondere eine Einschränkung der Verbindungsfreiheit und die Verschärfung der Strafbestimmungen für die Gewerkschaften vor. Wenn ein Verband sich gegen gesetzliche Bestimmungen verhält und er dieselben aufgelöst wird, so soll die Wiedererrichtung des Verbandes mit einer Geldstrafe von 16 bis 3000 Fr. und Gefängnis bestraft werden. Außerdem sollen die Gewerkschaften die Rechtsfähigkeit durch den Entwurf bekommen. Damit soll erreicht werden, daß im Falle der Auflösung das Eigentum der Gewerkschaft leicht konfisziert werden kann. Der Entwurf sieht weiter die Proporzwahl

Hilfsleistungen 50335 Mark
 Gewerkschaftsbeiträge 3000
 Uebersicht: 0000 Mk.

des der Ausübung des jungen Handwerkers, wenn sie einmal vor die Aufgabe gestellt werden, in der rechten Weise tätig sind, aber nicht nur in Hinsicht auf die Geschwindigkeit, sondern auch mancher Summe und Maß.

Den letzteren sind zwar meine Lehrlinge ziemlich frei gelassen, aber dennoch will ich sie hier kurz schildern, in der Hoffnung, es möge ein Beitrag sein an der Forderung des sozialen Empfindens unserer Berufskollegen.

Einen mein Onkel hatte bei dem Vater meines Lehrmeisters meine Eltern, nach dem Vater meines Lehrmeisters, und das veranlaßte mich im April 1897 auf drei Jahre in die Lehre zu geben. Mein Meister hatte in der Umgebung von S. . . den Ruf eines tüchtigen Fachmannes. Ich war der 35. Lehrling, den er auszubilden hatte. Meine Eltern mußten ihm für meine Ausbildung 40 Taler Gehalt zahlen. Ich traf dort einen Lehrling und einen Gesellen. Johannes, so hieß mein Lehrling, hatte zwei Jahre hinter sich. Der Geselle, Albert, war 19 Jahre alt und verdiente bei jeder Station pro Woche 4,50 M.

Mit meinem Eintritt in die Lehre begann für den Gesellen Albert eine harte Zeit, wenigstens des Nachts war sie hart, denn er mußte sein "begehrtes Lager" neben seinem Freunde Johannes mit abtreten. Der neue Esel aber hatte die charakteristische Aufgabe, dem Albert allabendlich das Kalmes in der Werkstatt auszusprechen. Legteres bestand aus einem Paar Haken und mit ein Platte, darauf lagen eine Seegrasmatte, ein Kopfkissen und ein Oberbett. Ein Bettzeug konnte Albert nicht und über Haken schmieren hatte er auch "nur selten" gesagt. Albert schien mit aber doch sehr "vermögend" zu sein, denn er ging schon nach einigen Monaten laufen.

Eine ich nun auf das eigentliche Berufliche meiner Lehrlinge zu sprechen komme, möchte ich auch den Raum kurz schildern, wovon man sagt, daß der Mensch sein halbes Leben darin zu bringen; der Schlafraum, den Johannes und ich uns einteilten. Zu unterem Zimmer gelangten wir auf einer sehr schmalen steilen Treppe, welche direkt neben dem Werkstisch an einem vordringenden Schornstein gestützt war. Oben auf der Leiter angelangt, hob man eine kleine Kalktreppe und knöpfte sie unter der letzten Decke an einem Leberstreifen fest. Nun ein geschickter Schrit nach rechts — und man hatte festen Boden unter sich. Wäre aber, wenn man ihn verfehle, denn schon ein mal hatte mein Lehrmeister einen Leberstreifen, der auf die Kante des Werkstisches gefallen war, "stehenden Fußes", wie er sich ausübend pflöge. Den Kopf jugendlich. Unter Zimmer hatte zwei schräge Bänke. Es mag höchstens 6 Quadratmeter Flächenraum und war schon ausmühsel. Linere Leuchte war lang an eine schräge Wand gelagert; sie hatte keine Pfosten und bestand aus Lang- und Querstreifen, die zusammengeklappt waren. Dünne lag auf Brettern eine Seegrasmatte, ein Kopfkissen und ein Oberbett. Am Tage lag allerdings noch ein Bettzeug darin, aber das mußte ich des Abends heruntergeschaffen für Albert und morgens wieder hinauf. Unter Werkstisch war sehr einfach der hohen Kante stand, oben auf stand die Waschtische und vornen in der Ecke der Eimer für schmutziges Wasser. In einem Holzschüssel hatte ich jeden Abend reines Wasser. Unter Tisch war zusammengeklappt aus einem Ritzendeckel, welcher mit zwei Leisten Knie und unten drei Schräggleisen. Auch war er, wie die anderen Möbel, sehr braun gefirnisset mit Fußbodenfarbe. Unter Schrank ging so einigemachen, aber die Tür war der Verhüllung halber mit mehreren Leberstreifen versehen. Nun, die Leberstreifen kosteten meinen Lehrmeister ja auch nicht viel. Beim Eintriften ins Zimmer mußte ich der, der hinten lag, und das war immer der Lehrling, vor blauen Haken am Kopf schlüpfen und sich danach ein wenig halten. Im übrigen war das Zimmer schon ganz fertig und mit einem Duschfenster, sowie einem schmalen Seitenfenster versehen. Unter Bett wurde allabendlich, wenn auch manchmal sehr spät — nein, ich wollte sagen sehr früh — vom jüngsten Lehrling gemacht. Neben unterem "Schlafgemach" war ein ebenso großer Raum, in welchem sämtliches Postmaterial gesammelt wurde. Dieses mußten wir nun zur Werkstätte über unser Zimmer schleppen, und der Staub, der sich da bei allem Material entwickelte, zog halt "legenden" hin. Meine Mutter erklärte mir im Laufe der Lehrlingszeit manchmal: "Jung, du hast ja in deiner Wohnung S. . . und S. . . wie kommst du nur daran!" Ich weiß dann immer die Achsel und wußte es auch selbst nicht, denn besten waren wir uns bemüht, daß wie als "nichthandhabliche Götter" keine bessere Pflege zu verlangen hatten. Meines

Wissens haben in den vier Jahren, die ich bei meinem Lehrmeister verlebte, weder seine Frau, noch seine Schöner, noch das Dienstmädchen unseren Schlafraum gesehen. Dementsprechend konnten wir im Dred bestimmen, wenn wir uns nicht selbst ein wenig alles geregelt hätten.

In der ersten Stunde meiner Lehrlingszeit bekam ich gleich einen hinter die Ohren, ich hatte nämlich des Lehrmeisters Sohn bei einer Matraße auf die Finger geklopft. Dann wurde ich gelernt, wie man sich richtig verhält. Einen Tag später wurde an Arbeitslehre das Haken professionell, alle Fingel zusammengeknüpft und allmählich gewöhnte ich mich auch in meinem Beruf so gut wie ich mich auch an mein Zimmer gewöhnt habe. Schläge habe ich keine mehr bekommen, denn mein Lehrmeister war darin ein sehr vernünftiger Mann und sein Sohn ging in die Fremde. Ich wurde nur auf meinen Beruf befragt und unsere Arbeitszeit war eine über alles Maß lange. Im Sommer um 6 Uhr ging hinaus, kaufen konnten wir den ganzen Tag nicht. Zweimal in der Woche mußte ich von 1/88 Uhr bis 1/210 Uhr in die Fortbildungsschule. Wenn ich dann nach Hause kam, dann las mein Freund Johannes immer noch und war am Nähen, entweder neues Geschwür oder alte Leberstreifen oder Korsett und Schulbuch, lehrte immer für den Laden. Das machte er, ohne daß ich es einer gesehen hätte. Aber er war gut angeleitet und das wußte man recht gut, namentlich die Frau Meistersin. Und so sehr ich mich, abgesehen wie ein solches Bild, nachmals an die Arbeit. Wir arbeiteten bis zum Eintriften, bis 2, bis 3, ja manchmal bis 4 Uhr, bis daß der Morgen dämmerte. Heute kann ich eine solche Handlungswiese kaum noch richtig vornehmen. Daran trugen aber einzig und allein Johannes und seine Vorgänger die Schuld. Jeden Abend richtete der Meister noch eine gründliche Portion Sattlerarbeit ein und es war für uns so gut wie selbstverständlich, daß die Arbeit noch so ziemlich fertig wurde.

Was das Essen anbetrifft, so bekamen wir außer dem Sonntag lag zweimal in der Woche Fleisch. Das gab uns der Meister, denn er rangierte das Fleisch selbst. Wir bekamen wohl jeder ein 1/2 Pfund. Dafür hatten wir an den anderen Tagen garnichts. Einmal Tagess besagte ich mich über ein dünne Schinken Brot, (wie bekamen zum Kaffee und Frühstück jeder nur eine Schmitze Brot) da wurde mir am anderen Morgen, es war Sonntag, ein halbes Brot, am anderen Ende beschnitten in die Werkstätte gebracht mit dem Bemerkten, "ob ich jetzt den Hals vollkriegen könnte." Mein lieber Johannes hatte nur eine dünne Schmitze Brot bekommen. Ich habe von dem halben Brot nichts mehr ausbezogen lassen, das hielten wir erst fest. Von dieser . . . ab erzielten wir dann immer eine Schmitze Brot, welche wohl 1/2 Pfund moß; aber wir bekamen davon die "Mausperr". Samstag abends nach 9 Uhr, war Peterabend. Aber nicht für mich. Ich hatte dann noch 12—15 Paar Stiesel zu putzen, da das Dienstmädchen das Haus putzen mußte. Als Johannes ausgereicht hatte, verbrachte er ein halbes Jahr lang pro Woche 2,50 M., und nachdem er mal ordentlich "aufgemunert" hatte, vom Herbst bis zum Frühjahr 3,50 M.

Als ich ausgemunert hatte, wollte mir der Meister auch 2,50 M. geben, aber ich wurde krummig und taurte ihm jeden Samstag was vor. Er meinte, ich hätte doch als Tischengelb genug und meine Eltern würden mich noch lieben. Da sagte ich ihm, als Tischengelb sei das genug, aber ich wolle jetzt einen Lohn verdienen und kein Tischengelb. Der Meister ließ dann sehr aufgeregt im Haus herum und 1/210 mit nach einigen Stunden 14 Tagen auf den Tisch, als ich nun fragte, ob das der Lohn von der gute Meister nun wie "aus dem Häubchen", er zante im Hause herum, schimpfte mich einen "unzufriedenen Menschen", in ein Sozialdemokrat sollte ich sogar sein. Er kam aber doch wieder zurück und brachte mir 9 M., und fragte mich, ob ich mich wieder freiben wäre. Aber was war denn geschahen? Das hätte ich ja gar nicht verstanden. Ich traute meinen eigenen Augen nicht, aber ich gab mich schnell zufrieden. Von dieser Zeit an habe ich nicht mehr über zu wenig Lohn geklagt; mein Meister war mein bester Freund. Aber als der Frühling 1801 ins Land zog, da wurde mir Hungerhand auf 8 Tage von ihm gekündigt. Er sagte zu mir: "Nun gehe mal ordentlich in die Fremde, das ist auch gut für dich." Ich hatte soviel gelernt, daß ich mit auch in anderen Werkstätten helfen konnte. Auf meiner nächsten Stelle hatte ich gleich 8 M. und die Kost verdient.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Janßen, Glin, Wendenwall 9.

Die Bereinigung

Monatsschrift der christlich organisierten
Junii.
Pöfserer und verwandter Berufsangehöriger
1913

Wo steht die christliche Gewerkschaftsbewegung.

In der Sattler- und Portfeulier-Berufung hat jemand einen Artikel verbrochen (er sieht ganz nach Dr. Erdmann aus), der wie Frau und Mann allerlei Dinge durcheinander wirft, die mit den christlichen Gewerkschaften etwas zu tun haben sollen. Die Tendenz des Artikels geht unmissverständlich dahin, das Interesse der "Genossen" zu erhöhen. Die Zeit der wirtschaftlichen Gewerkschaftsbewegung zu lenken. Die Zeit der wirtschaftlichen Strife begrüßt gerade nicht eine Mitgliedszunahme der sozialdemokratischen Gewerkschaften und sind diese deshalb bestrebt, da auch in solchen Zeiten erfahrungsgemäß die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse langwieriger vor sich geht, ihre Mitglieder durch andere Praktiken bei der Erange zu halten. Die Sattler- und Portfeulier-Berufung schreibt am Schluß ihrer "stimmigen" Betrachtung:

"Aus dem Bestreben der christlichen Gewerkschaften heraus Kraft zu gewinnen, um den Emanzipationskampf der Arbeiter hindern in den Weg zu treten, entzieht sich selbst für die freien Gewerkschaften die Aufgabe, den Zerplitterern und Zerstreuen der bewußten Arbeitervereinigungen auf das kräftigste die Marsch zu klären. Unermüdbare Agitation der freien Verbände unter den indifferenteren Arbeitern muß einlegen und auch tüchtige Aufklärungsarbeit muß unter den christlich-organisierten Arbeitern geleistet werden. Es wird zwar schwer sein, die letzteren endlich in Massen darüber aufzuklären, daß der verstärkte Kampf der christlichen Gewerkschaften gegen die freien Verbände und gegen die Sozialdemokratie letzten Endes nicht mehr und nichts weniger ist, als ein Kampf gegen die Unterwerfung der gesamten Arbeiterklasse überhaupt. Diese Aufklärungsarbeit wird schwer, aber nicht ohne Erfolg sein." Also nun ran an die Schriften! Die Kollegen des roten Sattlerverbandes werden ja ihr Möglichstes tun, um der Anforderung ihres Organs gerecht zu werden. Ob sie allerdings den geistlichen Erfolg erzielen, das ist eine andere Frage. Die Kämpfer auf sozialdemokratischer Seite sind vielfach doch allzusehr "Mitter von gar trauriger Gestalt" und brauchen wir sie wirklich nicht zu fürchten. Wenn die "Sattler-Berufung" behauptet, der Kampf der christlichen Gewerkschaften gegen die Sozialdemokratie sei letzten Endes nichts weniger als ein Kampf gegen die Arbeiterinteressen überhaupt, so ist das nichts mehr als eine leere Redensart. Das kann man Arbeitern erklären, die von Gott und der Welt und auch von der Sozialdemokratie keine blasse Ahnung haben. Wer aber die Sozialdemokraten in ihrem ganzen Wesen und in ihrer Arbeit studiert und kennen gelernt hat, der weiß, daß die deutsche Arbeiterschaft noch nie einen größeren Schädiger gehabt hat, als wie die sozialdemokratische Bewegung. Wenn der Arbeiter mit großen Worten gebietet wäre, dann allerdings wären die Leistungen der Sozialdemokratie vorzüglich. Was jetzt hat man aber einen hungrigen Magen mit schwalligen Redensarten noch nicht füllen können.

Zu erwähnten Artikel heißt es weiter, "daß Eintrigkeit und Gleichgültigkeit mancher Kollegen oft Schuld waren an schlechten Zuständen." Das unterstreiche ich. Es kommt aber noch dazu, wenn eine Werkstatt gesundheitslich auch einwandfrei ist, daß trotzdem die Kollegen ihre Gesundheit durch Nachlässigkeit bei der Arbeit schwer schädigen können. Ist das Material auch gesund, Staub gibt es doch noch genügend. So sieht man die Kollegen beim Auflegen von Materialien oft in Staub geschüttelt dastehen, die Fenster dicht zu, damit der Staub nur nicht abziehen kann, und dabei noch singend oder stönd. Alles nur, damit der Staub in die Atmungsorgane eindringen kann. Dann das ständige "Nägel in Mund nehmen." Das ist auch so eine böse Angewohnheit. Die Nägel liegen immer offen da. Täglich lagert sich der Staub darauf; aber man langt ohne weiteres hinein und eine handvoll dieser mit Dred durchlegten Nägel ist im Munde verschwinden. So geht das den ganzen Tag. Man findet Kollegen, die alle Sorten Nägel, sogar Gurtnägel, in den Mund nehmen. Daß das eine Torheit ist, wird jedem bei richtigem Denken einleuchten. Die Erhaltung unserer Gesundheit erfordert ein großes Maß von Selbstbeherrschung.

Berufliche Gesundheitspflege.

Der Artikel in der letzten "Bereinigung", "Hygiene im Beruf" ist wohl dazu geeignet, eine Aussprache herbeizuführen. So glaube ich denn, verschiedene Beobachtungen hier wiedergeben

Mit den Kapazitäten habe ich einmal böse Erfahrungen gemacht. Ich arbeite vor einigen Jahren kurze Zeit in der Stadt D. in einem solchen Betriebe. Die schönsten Teile Freiheit im Betriebe hatte ich bei den Schichtarbeitern. Sie konnten in der freien Zeit die Kollegen arbeiten, solange sie wollten. Viele liebten die Nacht hindurch in der Werkstatt, liebten an zu arbeiten. Das Material lag mitten in der Werkstatt, so auch die Werkzeuge. Jeder sah sich je nach Bedarf nach nötige heraus und schüttete es in der Werkstatt aus. Ich und ein anderer sah die Kollegen eine Zigarrette bei der Arbeit, als wenn sie die glühendsten Pfeifen hatten. Man sagte ihnen nichts deswegen. Es gab Kollegen, die in 10 Tagen 12 Sätze „Klimmenarbeiten“ die gut in der Werkstatt war den ganzen Tag zu beschäftigen voll waren, daß man sie durchschneiden konnte. Ich bin nach kurzer Zeit ausgesessen, war aber um eine Erfahrung reicher geworden.

Wenn in der letzten „Bereinigung“ insbesondere die jungen Kollegen genannt wurden, in Kapazitäten sah lange Zeit festhalten, so unterrichtete ich auch das. Während junge Kollegen meist hier schnell dahin. Für die Organisation er macht aber die Aufgabe, hier einfüßig zu gewinnen, um wenigstens die größten Mängel zu beheben.

Das wären so einige hygienische Punkte in unterem Bereiche, die ich für besonders wichtig ansehe. „Bereinigung“ miteinhalten. Vielleicht könnte man auch hier ein wenig noch berichten.

Notizen.

Der „Bund der Arbeiter“ hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der Bund der Arbeiter hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der „Bund der Arbeiter“ hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der Bund der Arbeiter hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der Bund der Arbeiter hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der Bund der Arbeiter hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der Bund der Arbeiter hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der Bund der Arbeiter hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der Bund der Arbeiter hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der Bund der Arbeiter hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der Bund der Arbeiter hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der Bund der Arbeiter hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der Bund der Arbeiter hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

Der Bund der Arbeiter hat am 21. Mai in Leipzig einen außerordentlichen Vorstandstag ab. Der hauptsächlichste Punkt des Tages war die Abstimmung über den Antrag der „Bund der Arbeiter“ auf die „Bund der Arbeiter“.

ür die Generalversammlungen und Vorstandswahlen vor. Wie der „Vorwärts“ schreibt, sei der Entwurf ein offener Vorstoß der kapitalistischen Diktatur.“ Im gelobten Lande Frankreich, wo schon so mancher Sozialist die Ministerkessel brühte, scheint es demnach mit den Freiheiten der Gewerkschaften immer windiger zu werden.

Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands beschäftigte sich auf seiner Mitte Juni in Offenbach abgehaltenen 7. Generalversammlung mit einer Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswezens, der Agitation, den Lohnbewegungen und mit dem Hausarbeitsgesetz, worüber besondere Referate erstattet wurden. Laut dem Geschäftsbericht hat der Verband in der Berichtsperiode 1911 und 1912 seine Mitgliederzahl von 5107 auf 5986 gesteigert; zurzeit beträgt die Mitgliederzahl 6500. Die Einnahmen betragen 296 641 Mk., wovon eine Ausgabe von 224 298 Mk. gegenübersteht. Von den Ausgaben entfallen rund 90 000 Mk. auf Unterstützungen. Einfließlich der Sozialkassen beträgt das Vermögen 88 207 Mk. Der Verband hatte in der Berichtszeit 99 Lohnbewegungen geführt mit 2728 beteiligten Verbandmitgliedern und ist an 43 Tarifverträgen beteiligt. Für die beteiligten Mitglieder wurden durch den Verband Lohnhöhungen erzielt im Betrag von zusammen 173 639 Mk. pro Jahr, ferner Arbeitszeitverkürzungen von 102 024 Stunden. Pro Mitglied macht das im Durchschnitt 74 Mk. Lohnhöhung und 123 Stunden Arbeitszeitverkürzung im Jahre aus, außer den diesen sonstigen Verbesserungen, die durch die Tätigkeit der Organisation erreicht werden konnten.

Ein Schuhfabrikarbeiterstreik in Mainz gibt der sozialdemokratischen Presse Anlaß zu den größten Schwindeleien. So sollen von 300 Beschäftigten, 120 den Streik nicht mitgemacht haben; eine Anzahl von Leuten sollen Streikbrecher geworden sein, weil ihnen die Bedingungen, auf Grund deren die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte, nicht zusagten. 30 Mann sollen nach Beendigung des Streiks dauernd ausgepeinert sein. Der Streik selbst hätte abgebrochen werden müssen, weil zu seiner Fortsetzung das Geld gefehlt hätte. Das alles wird von der roten Presse natürlich nur deshalb behauptet, weil der Kampf nicht vom sozialdemokratischen, sondern vom christlichen Lederarbeiterverbande geführt wurde. Deshalb muß verdächtigt und geschwindelt werden. Als Tatsache steht fest, daß von etwa 300 Beschäftigten (einschließlich des Büropersonals und der Werkmeister) 235 Personen die Arbeit niederlegten. Geschwindelt ist die Geschichte von den vielen Streikbrechern. Nicht ein einziger von den Streikenden ist umgefallen. Wahr ist hingegen, daß einige sozialdemokratisch organisierte Schuhmacher nicht mitgestreikt und Streikarbeit geliefert haben. Maßregelungen von Arbeitern dürfen wegen der Beteiligung am Streik, (entgegen der roten Meldung von 30 dauernd Ausgesperrten) nicht stattfinden. Auch verflügte der christliche Lederarbeiterverband über soviel Geld, daß er den Streik noch Jahrelang aushalten können. Die ganzen Meldungen der roten Presse über den Mainzer Streik sind also weiter nichts als eine Kette von Schwindeleien. Angefichts dessen, daß der rote Schuhmacherverband in den letzten Jahren eine Unmenge verpuffter und verkrachtter Bewegungen zu verzeichnen hat, verpönte man jedenfalls das Bedürfnis, das Interesse der Mitglieder für den eignen Verband durch Verleumdungen der christlichen Gewerkschaften neu zu beleben. Wenn die Spekulation nur nicht fehl geht!

Der Generalstreikgedanke spukt wieder einmal in den sozialdemokratischen Kreisen herum. Auf den Generalversammlungen verschiedener sozialdemokratischer Verbände wurde die Generalstreikfrage eingehend erörtert. Veranlassung dazu bietet den „Genossen“ der mindergünstige Ausfall der preussischen Landtagswahl für die Sozialdemokratie, sowie die neue Heeresvorlage. Die Solinger Genossen stellen an die Parteileitung den Antrag, auf dem nächsten niederrheinischen Parteitag den politischen Massenstreik zu behandeln. — Auch in der Schweiz ist der Generalstreik heute ein beliebtes Versammlungsthema der „Genossen“. Der Ausschuss des schweizerischen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung ebenfalls mit der Frage. Eine angenommene Resolution besagt, daß die schweizerischen sozialdemokratischen Gewerkschaften den sogenannten revolutionären Generalstreik ablehnen. Auch Massenstreiks als Mittel zur Eroberung der politischen Macht erscheinen kaum empfehlenswert. Auch sei der Generalstreik normaler Weise nicht geeignet als Waffe im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter gegen die Arbeitgeber, weil er in der Regel die Arbeiterbevölkerung und andere am Kampfe unbeteiligte Volksteile schwerer schädigt als die Arbeitgeber selbst. Geringere politischen Massenstreiks als Notwehr- und Protestaktionen von den Gewerkschaftsverbänden in bestimmten Fällen dann unterstützt werden, wenn durch Maßnahmen der Behörden gemeinsame Lebensinteressen oder unentbehrliche Rechte und Freiheiten der Arbeitererschaft ernstlich bedroht sind.

Soziale Rundschau.

Die christlich-nationalen Gewerbegerichtsrichter sowie an die Funktionäre und Vorstände der Kartelle und Zahlstellen. Am 18., 19. und 20. Sept. 1913 findet in Leipzig im Theateraal des Krystall-Palastes, Wintergärten deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte statt. Die Tagesordnung ist eine reichhaltige und interessante, sie lautet:

1. Geschäftsbericht; 2. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag, Referent: Dr. Preuner-Wilchen; 3. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag, Referent: Dr. Baum-Schönberg; 4. Die Rechtprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag, Referent: Dr. Holzmüller-Sudhoff; 5. Grundgedanken und Möglichkeiten eines einheitlichen Arbeitsrechtes für Deutschland, Referent Dr. Singheimer-Frankfurt a. M.; 6. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Befristung des Arbeitslohnes, Referent: Dr. Schiller-Frankfurt a. M.; 7. Die zivilprozessuale Bedeutung der Schiedsgerichte, der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte, Referent: v. Schulz-Berlin; 8. Die Bedeutung und Feststellung der Preisgebühren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, Referenten: Fritz Mantel-Leipzig und Cronenvaldt-Berlin; 9. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, Referenten: Dr. Wagner-Nürnberg und Rechtsanwalt Busch-Stadbach.

Die Verbandsversammlung soll vorwiegend dem freien geistigen Austausch von Erfahrungen und zur Belehrung dienen. Auch die Befreiung solcher Gewerbegerichtsrichter, die nicht Verbandsmitglieder sind, sind willkommen. Wir empfehlen den Gewerbegerichtsrichtern, die auf christlich-nationalem Boden stehen, den Besuch dieser Tagung. Ferner bitten wir die Gewerbegerichtsrichter, an die Gemeindeverwaltungen, welche für ihr Gewerbegericht zuständig sind, heranzutreten, zwecks Uebernahme der Deligationskosten nach Leipzig. Die Gemeinden haben solche Kosten in den meisten Fällen bereitwillig übernommen. Wo dieses nicht der Fall sein sollte, oder der Betrag nicht ausreicht, müssen die Gewerkschaftskartelle, bezw. die Sozialkassen einspringen und ihren Gewerbegerichtsrichtern den Besuch ermöglichen. Wegen Beschaffung von Logis mögen sich die Kollegen an den Vorsitzenden des Leipziger christlichen Gewerkschaftskartells, Arbeitsekretär Fritz Knollmann, Leipzig, Sperlsgarten 9 l., wenden. Das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften möchte bei dieser Gelegenheit die christlich-nationalen Gewerbegerichtsrichter vorher zu einer Konferenz vereinigen, um mit ihnen mehr noch als bisher in Fühlung zu kommen und um ihnen gleichzeitig von einem Fachmann einen aktuellen Vortrag halten zu lassen. Die vor dem Verbandstag stattfindende Konferenz aller christlich-nationalen Mitglieder findet am 17. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, statt. Tagesordnung und Lokal wird den Kollegen noch bekannt gegeben. Wir bitten nun unsere Gewerbegerichtsrichter, die teilnehmen wollen, sich baldmöglichst, unter Angabe ihrer genauen Adresse, beim Generalsekretariat zu melden, damit ihnen alles Nähere mitgeteilt werden kann. Ebenso werden die Funktionäre, Kartell- und Zahlstellenvorstände gebeten, ihre Gewerbegerichtsrichter auf die Tagung aufmerksam zu machen und ihre Anmeldung an das Generalsekretariat zu veranlassen.

Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften.

Ständige Maschinenarbeiter. In der „Fachszeitung“ der Tischlermeister habe ein Arbeitgeber sich darüber aufgeregt, daß ein Betriebsinhaber, der einen Schreiner an einer Kreissäge beschäftigte, und den bei dieser Arbeit ein schwerer Unfall traf, vom Gericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden war. Der Arbeitgeber tabelte vor allem das Verlangen, daß nur ständige Maschinenarbeiter die Maschinen bedienen dürfen. Dies bedeute für die kleinen und mittleren Schreinerereien eine Schädigung. Gegen solche Bestimmungen wolle der Arbeitgeber den Kampf aufgenommen wissen. Der Vorstand der „Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft“ weist entgegen diesen Ausführungen darauf hin, daß sich die Forderung der selbständigen Beschäftigung von nur ständigen Maschinenarbeitern auf die zu Recht bestehenden Unfallverhütungsvorschriften stütze, und die genossenschaftlichen Organe gesetzlich verpflichtet sind, diesen Bestimmungen in allen Maschinenbetrieben ohne Unterschied des Umfangs, Geltung zu verschaffen. Wenn der Beschwerdeführer einwende, es sei unmöglich, für Schreinerereien mit wenigen Gesellen Maschinenarbeiter zu halten, so verlange die Unfallverhütungsvorschrift nicht etwa, daß ein besonderer Maschinenarbeiter eingestellt werde, der nur die Maschine bediene und warten müsse, bis Maschinenarbeit wieder vorliege. Es werde nur verlangt, daß von den vorhandenen wenigen Arbeitern einer als Maschinenarbeiter und für dessen Befehrbereit, einer als Stellvertreter ausgebildet werden müsse. Diesen beiden allein sei die ständige Bedienung der Maschine zu übertragen, während allen übrigen Personen das Arbeiten an der Maschine zu verbieten sei. In dieser Vorschrift und ihrer strengen Befolgung wäre die Berufsgenossenschaft durch die zahlreichen und schweren Unfälle unabhängiger Arbeiter gedrängt worden. Ein unabhängiger Maschinenarbeiter sei zweifellos in erhöhtem Maße der Unfallgefahr ausgesetzt. Keine auch noch so bewegliche oder unberechtigte Klage über die Belästigung der kleineren und mittleren Gewerbetreibenden könne die zuständigen Stellen davon abhalten, dieser Genossenschaft gemäß zu handeln und Verstöße unmissverständlich zu strafen. Auch der einfache Handwerksmeister, der im Besitze eines Maschinenbetriebes sei, müsse sich daran gewöhnen können, der Vorschrift und der Ordnung gemäß den Maschinendienst besorgen zu lassen.

Die (sozialdemokratische) allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler hielt am 13.—15. Mai ihre Generalversammlung in Berlin ab. Die letzten fünf Jahre des Bestehens brachte der Kasse eine durchschnittliche Jahresmehrerinnahme von 11 312 Mk. Das Jahr 1912 endete mit einer Mindereinnahme von 8109 Mk. Die Generalversammlung nahm das vom Ausschussamt geprüfte Statut an, welches je eine Abteilung A als Erstklasse und B als Zweite Klasse vorsieht. In der letzteren betragen die Beiträge 70, 60, 50, 40, 30 und 20 Pfg., die wöchentliche Unterstützung 16,80, 14,40, 12.—, 9,60, 7,20 und 4,80 Mk. Die Krankengeldsätze sind demnach in unserer Verbandskreis-Kategorie höher. Sie betragen z. B. in der 20 Pfg.-Klasse 45 Pfg., und in der 30 Pfg.-Klasse 50 Pfg. wozu. Dem Hauptkassierer wurde ein Gehalt von 2500 bis 2700 Mk. sowie die Uebernahme sämtlicher Versicherungsstellen bewilligt. Die nächste Generalversammlung soll in Köln sein.

Die Sektion II. der Rheinisch-Westfälischen Dampfer-Verkehrsvereinsgesellschaft (Sitz Dortmund) erstattet heute ihren Verwaltungsbericht für das Jahr 1912. Aus dem Bericht ergibt sich, daß in den dieser Sektion angeschlossenen Dampfbetrieben, auch 19 Säger, 1702 Bauerschreiner und 350 Maschinenarbeiter, insgesamt 2071 Holzarbeiter beschäftigt wurden. Der schlechte Geschäftsgang des Schreinerergewerbes im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet (die Sektion umfaßt den Regierungsbezirk Arnsberg) ergibt sich schon daraus, daß die Zahl der in den Dampfbetrieben beschäftigten Bauerschreiner sich gegen das Vorjahr um 164 verringerte. Die Lohn-

löhne der Schreiner und Maschinenarbeiter haben einen geringen Aufschwung erfahren. Bei den Schreibern stieg er um 12 Mk., bei den Maschinenarbeitern um 14 Mk. Die geringe Zunahme des Jahresarbeitsdienstes wird ohne Zweifel ihre Ursache darin haben, daß die Bauarbeitgeber billigeren Arbeitskräfte zu gewinnen suchten. Nach den Lohnzuschlägen, die laut den bestehenden Tarifverträgen erfolgen mußten, sollten die Löhne stärker gestiegen sein. Die Zahl der Unfälle hat trotz der Verringerung der Arbeiterzahl, eine, wenn auch geringe Zunahme erfahren. Bei den Bauerschreibern stieg die Zahl der gemeldeten Unfälle von 2,89 % auf 3,52 % der beschäftigten Arbeiter, bei den Maschinenarbeitern von 5,57 % auf 5,71 %. Bei den Maschinenarbeitern war ein tödlicher Unfall zu verzeichnen. Die Ueberwachung der Betriebe durch die Aufsichtsbeamten der Sektion stellte zahlreiche Verstöße gegen die Vorschriften der Holzberufsgenossenschaft fest. In 34 Betrieben wurden Mängel an der Tischsäge festgestellt, in 33 Betrieben Mängel an der Kreissäge, in 4 Betrieben Mängel an der Bandsäge, in 12 Betrieben an der Abriechthobelmachine, in einem Betriebe wurde noch eine Beckantwelle angetroffen. Außerdem wurden in 13 weiteren Betrieben Mängel an anderen Holzbearbeitungsmaschinen festgestellt.

Italienische Auswanderung. Während in Deutschland die Auswanderung von Jahr zu Jahr zurückgeht und in den letzten Jahren die Zahl 20 000 kaum überschritten hat, nimmt in Italien die Auswanderung fortgesetzt zu. Im Jahre 1912 wanderten nicht weniger wie 707 853 Italiener nach Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Nordamerika aus. Außerdem war die Auswanderung nach Süd- und Mittelamerika nicht unbedeutend. Infolge des Erwerbs von Tripolis steigerte sich auch die Auswanderung nach Afrika. Diese belief sich auf 8232 Personen. Von je 100 000 Italienern haben 2044 im verfloffenen Jahre ihr Vaterland verlassen.

Fachauschüsse für Hausarbeit. Der Bundesrat wird demnach in Beratungen über die Errichtung und Zusammenlegung der Fachauschüsse, sowie über das Verfahren eintreten. Ein diesbezüglicher Entwurf ist bereits ausgearbeitet. Man rechnet in Preußen mit einer verhältnismäßig großen Zahl von Fachauschüssen, da im preussischen Haushaltetat pro 1913 bereits 20 000 Mk. zur Deckung der Kosten für Fachauschüsse eingestellt sind. Seitens des Gewerbevereins der Heimarbeiterrinnen sind eine Anzahl Anträge zur Errichtung von Fachauschüssen beim Bundesrat eingereicht worden.

Aus der Unfallstatistik. Seit dem Bestehen der Unfallversicherung wurde bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften und den sogenannten Ausführungsbehörden nicht weniger wie 10 799 997 Unfälle gemeldet. Entschädigt wurden 2 404 976 Unfälle. Tödliche Unfälle ereigneten in den gewerblichen Betrieben 190 662. Während die gewerbliche Unfallstatistik mit dem Jahre 1886 beginnt, beginnt die landwirtschaftliche mit dem Jahre 1889. Von letztgenanntem Jahre bis zum Jahre 1911 wurden bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 2 364 427 Unfälle gemeldet. Unfallschädigungen wurden in 1 065 655 Fällen gewährt. 60 576 Personen erlitten in diesen 23 Jahren einen tödlichen Unfall in der Landwirtschaft. Es ergibt sich so, daß bei den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zusammen, seit dem Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes, 13 164 424 Unfälle gemeldet wurden. 3 410 681 Unfälle wurden insgesamt entschädigt, während 251 238 Personen ihr Leben auf dem Schlachtfelde der Arbeit lassen mußten.

Der Bochumer Magistrat gegen den Düsseldorf Oberbürgermeister. In Nr. 23 des „Holzarbeiter“ wurde berichtet, daß der Bochumer Magistrat Innungsbeschlüsse über das Gesetz hielt, trotz der Interpretation des Handelsministers Dr. Sydow im Abgeordnetenhaus, wonach die Innungen nicht befugt sind, ihre Mitglieder durch Konventionalstrafe zu Aussperrung der Gehäusen zu verpflichten. Auf einem anderen Standpunkt stellte sich der Düsseldorf Oberbürgermeister, der als Aufsichtsbehörde einen Innungsbeschluss, der die Meister zur Aussperrung der Gehäusen unter Androhung einer Konventionalstrafe von Mk. 20.— für jeden Einzelfall verpflichtete, aufgehob. Der Beschluss der Innung verstoße gegen die in der Gewerbeordnung festgelegten Vorschriften für Innungsinnungen. Diejenigen Handwerksmeister, die die Ordnungsstrafe von Mk. 20.— zahlen mußten und auch sonst durch die Maßnahmen der Innung empfindlich geschädigt wurden, wollen nunmehr gegen die Innung Schadenersatzklagen einreichen.

Der Verband bayrischer Arbeitsnachweise hielt am 20. und 21. Mai in Augsburg seine 4. Verbandsversammlung, verbunden mit einer Arbeitsnachweiskonferenz, ab. Den wichtigsten Verhandlungspunkt bildete die Arbeitslosenversicherung. Reichsrat von Freyberg legte dar, daß nur der Staat oder das Reich in der Lage wären, auf Grund des Versicherungszwanges eine endgültige Regelung der Arbeitslosenversicherung herbeizuführen. Die Gemeinden könnten unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen, und wenn der Staat entsprechende Zuschüsse gewähre, nur an eine vorläufige Regelung der Frage herantreten. Notwendig sei aber ein einheitliches Vorgehen aller in Betracht kommenden Gemeinden. Direktor Dr. Morgenroth sprach sich dahin aus, daß die Arbeitslosenfürsorge auf Zuschüsse aus allgemeinen Mitteln nicht verzichten könne. Geeignet erscheinen ihm gemeinnützige Arbeitslofenklassen, bei der sich die unorganisierten Arbeiter direkt zu versichern hätten, während die Organisationen eine Zusatzversicherung für ihre Mitglieder eingehen könnten. Das Gener System wolle der Redner nicht empfehlen. Der anwesende Regierungsvertreter, Ministerialrat Weg, erklärte, es sei der Wunsch der Regierung, daß die Städte auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung mit praktischen Versuchen vorangehen möchten. Seitens der Regierung würde die ganze Frage noch im Laufe dieses Sommers gewürdigt werden. Sollte sich ein gangbarer Weg finden, so würde die Staatsregierung nicht ansehen, ihn zu beschreiten.

Selbständige Hilfskassen „Rheinland“. Kranken- und Sterbekasse. Erst im Jahre 1910 erhielt dieses Unternehmen die Genehmigung der Aufsichtsbehörde und Ende 1912 war es mit der Herrlichkeit schon zu Ende. Ihren Zweck, den Gründern eine reiche Einnahme zu bringen, hat sie trotzdem erfüllt. Eine Gerichtsverhandlung an der Düsseldorf Strafkammer, die den Gründern eine Woche Gefängnis bzw. 50 Mark Geldstrafe brachte, war ein grelles Licht auf das Gebahren solcher „Hilfskassen“. Im Jahre 1910 zahlte die Kasse 9 Mark Krankengeld, dagegen für Verwaltungskosten 17 099 Mark. 1911 erforderten die Verwaltungskosten 16 000 Mark, während für Krankengelder 10 000 Mark verausgabt wurden. Festgestellt wurde jedoch, daß viele Krankengelder erst gezahlt wurden, nachdem die Versicherten den Weg des Zivilprozesses beschritten. Daher wohl die höhere Krankengeldsumme. Die „Generalversammlungen“ der Kasse wurde in einem kleinen Zimmer abgehalten. Einmal erhöhte der Direktor, ohne eine Generalversammlung zu befragen, eigenmächtig die Beiträge. Mitglieder der Kasse, welchen nachgewiesen wurde, daß sie innerhalb der letzten drei Jahre eine Krankheit gehabt hatten, die erneut auftrat, mußten nach einem famosen Paragraphen der Satzung ausgeschlossen werden, sobald sie für diese Krankheit Unterstützungsprüfung stellten. Als verwandte Krankheiten wurden dabei z. B. von der Kassenleitung angeführt: Hämorrhoiden und Blinddarmentzündung, eine Gesichtsverletzung verursacht durch einen Fall und die Folgen eines Rückenstichs. Die Zahl der Leidtragenden beim Begräbnis der Kasse war eine recht große. Die Zahl derer, die nicht alle werden, ist also trotz aller Warnungen noch recht groß. Die Verbandsmitgliedern werden durch solche Fälle nicht benachteiligt, wenn sie sich bei Zeiten der Verbandskrankengeldzusatzkasse anschließen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Rheinisch-Westfälischer Provinzial-Tischlertag. Die Antipoden des Herrn Kütelhans, die einen besonderen Rheinisch-Westfälischen Tischlerinnungsverband bilden, hielten am 26. Mai in Bonn ihren 28. Provinzial-Tischlertag ab. Nach einer Reihe von Begrüßungen erhaltete der Geschäftsführer Kemmerich aus Düsseldorf den Geschäftsbericht. Die pekuniäre Lage des Verbandes sei trotz Herabsetzung des Mitgliederbeitrages eine sehr gute. Dem Verband sollen 1000 Mitglieder angehören sein. Der Vorstand schenkte insbesondere der Fortbildungsaufgabe und dem Submissionswesen große Aufmerksamkeit. Die Geschäftsführung war bestrebt, neue Innungen zu gründen und dem V-bande anzuschließen. Ob diese Bestrebungen Erfolg hatten, wurde nicht gesagt. Ueber „Die Arbeit in den Innungen“ hielt Herr Nikolai-Düsseldorf einen Vortrag. Redner hielt Versammlungen von Lehrlingen mit ihren Eltern von großem Werte. Die Frage der Aufhebung von bezahlten Innungsleitern sei akut geworden. Obermeister Zimmer-Köln sprach über die Meister- und Gesellenprüfung. Die Anforderungen bei den Prüfungen sollten entsprechend der besseren Ausbildung mehr gesteigert werden. Die Stämpfer lasse man am besten durchfallen. Die Standeshöhe der jungen Leute müsse mehr wachgerufen werden. Auch die Auswahl der Schen- und Prüfungsmeister müsse mit größerer Sorgfalt erfolgen. Handwerkskammerpräsident Köppler sprach über das Submissionswesen. Eine vernünftige Form für die Vergabe von öffentlichen Arbeiten sei noch nicht gefunden. Ob die übertriebenen Wünsche und Hoffnungen, die an ein Reichssubmissionsamt geknüpft würden, jemals in Erfüllung gehen würden, wurde vom Redner stark bezweifelt. Notwendig sei, daß die Handwerkskammern Preisverzeichnisse aufstellen, die bei der freihändigen Vergabe von Arbeiten einen Anhalt böten. — Die künftigen Verhandlungen waren nicht von besonderem Interesse. In Zukunft soll eine größere Agitation seitens des Provinzial-Tischlerverbandes betrieben werden.

Ein Abschied vom Berliner Tischlerinnung. Die Berliner Tischlerinnung beabsichtigt, ein Abschied zu schaffen für die erwachsenen gewordenen Tischlermeister. Die Innung hat dazu bereits 20 000 Mk. gestiftet. Ein Antrag in der „Zukunft“ der Tischlermeister brachte weitere 22 765 Mark. Die „Zweite Vereinigung der Holzindustriellen“ in Berlin spendete 10 000 Mk., der Zentralverband der Tischlermeister Berlin 5 000 Mk., die Kommission der Ausschüsse für Wohnungsverhältnisse 1909 4 000 Mk. und der Verein von Wohnverhältnissen und Rostumbel 1 000 Mk.

Die Württembergischen Wagnermeister, vereinigt im Landesverband, hielten am 1. Juni in Göppingen ihren sechsten Verbandstag ab. In seiner Begrüßungsrede betonte der Regierungsvorsteher, Regierungsrat Dr. Abele, daß das Wagnerhandwerk zurzeit gewissermaßen vor einem Wendepunkte stehe. Das Pferdewerk würde immer mehr von dem Kraftwagen, auch schon auf dem Lande, verdrängt. Dadurch werde das Wagnerhandwerk vor eine neue Aufgabe gestellt, und müsse es sich so den veränderten Bedürfnissen anpassen. Die Versammlung verhielt sich gegenüber der Forderung, die Gewerbelehrer an den praktischen Gesellenprüfungen teilnehmen zu lassen, ablehnend. Ein Antrag auf tunklichste Berlegung der in einer Woche fallenden Fortbildungsschulstunden der Lehrlinge auf einen ganzen Tag, und zwar auf den Montag, soll den örtlichen Gewerbeschulräten zur Berücksichtigung überwiesen werden. Die Göppinger Wagnerinnung forderte eine bessere Ausbildung der Lehrlinge auf dem Lande. Die Versammlung gab ihre Meinung dahin zum Ausdruck, daß rücksichtslos jeder Lehrling bei der Prüfung durchfallen müsse, der nicht genügende Leistungen aufzuweisen habe. Mit Entschiedenheit sprach sich die Tagung gegen die obligatorische Festlegung der 3 1/2-jährigen Lehrzeit aus, weil eine solche Maßnahme nur eine noch stärkere Lehrlingsnot hervorrufen müsse.

Aus dem gewerblichen Leben.

Die Einfuhr von Böttcherwaren möchten die Böttchermeister und Fassfabriken gerne unterbinden. Der kürzlich in Halle a. S. stattgehabte Kongreß deutscher Böttcherinnungen hat beschlossen, die Regierung zu eruchen, die Einfuhr ausländischer Fässer von 200 Liter Inhalt und darunter zu verbieten. Die Böttchermeister werden lange warten können, bis ihnen dieser Wunsch seitens der Regierung erfüllt wird.

Aus der Uhren-Industrie. Die Uhrenfabrik von Schletter & Kienle in Schwenningen hat den Betrieb der Firma Berner in Billingen käuflich übernommen. Dadurch dürfte die Billinger Uhrenindustrie vor einem schweren Schläge bewahrt bleiben. Die Firma Berner stand schon seit längeren Jahren finanziell nicht mehr günstig. Aktiven von 300 000 Mark sollen heute Passiven von 700 000 Mark gegenüberstehen. Man rechnet damit, daß mit der Übernahme des Betriebes durch die neue Firma rund 1000 Arbeiter im Betriebe beschäftigt werden. In letzter Zeit waren es kaum mehr 300.

Waggonfabrik Herdingen A.-G. Nach den Mitteilungen der Verwaltung war die erste Hälfte des laufenden Geschäftsjahres für das Unternehmen ein ziemlich günstiges. Die Beschäftigung sei regelmäßig und gut. Es hätten die niedrig zu Buch stehenden neuzeitlichen Einrichtungen die volle Ausnützung ermöglicht. Auch die Preise hätten eine mächtig starke Aufbesserung erfahren. Es sei noch ein umfangreicher Bestand von Aufträgen vorhanden, die bei ungehörtem Betriebe lohnende Tätigkeit bis weit in das nächste Geschäftsjahr hinein sichern.

Das Taylor-System kam auf der Tagung des Verbandes süddeutscher Industriellen, die jüngst zu Freiburg stattfand, zur Sprache. Professor Ballig's von der technischen Hochschule zu Aachen hielt einen längeren Vortrag über dieses System. In der Aussprache führte Fabrikant Stöb, Ziegelhauzen bei Heidelberg, als einziger Diskussionsredner aus, daß man mit der Einführung des Taylor-Systems sehr langsam und vorsichtig vorgehen müsse. Er habe das System eingehend in Amerika studiert und gefunden, daß die Vorurteile der Arbeiterschaft in Deutschland gegen dieses System wohl berechtigt seien. Es erzeuge aber angebracht, diese Methode zuerst in den Schulen zu lehren. Als Ersatz für die langweilige Betriebsform hielt Herr Stöb die Gewöhnung des Arbeiters an Ordnungsliebe und strikte Befolgung der Vorschriften der Betriebsleiter für angebracht.

Literarisches.

„Begleiter für die Arbeitervericherungswahlen“ ist ein Broschürenheft, welches vom Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften herausgegeben wird und wegen seines aktuellen Inhalts weitere Beachtung verdient. In knapper, aber verständlicher Form behandelt das Heft die Träger der Arbeitervericherung (Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Invalidenversicherung, Unfallversicherung, Altersversicherung, Lebensversicherung) und die dritte Abschnitt beschäftigt sich mit den Methoden zu Vericherungsträgern und Vericherungsböden. Im vierten Abschnitt sind die Grundzüge des neu zur Anwendung

kommenen Verhältniswahlsystems beschrieben und im letzten Abschnitt werden den Funktionären sowie den Kartell- und Zahlstellen vorständen die Vorbedingungen zu einem demnachstigen Wahlerfolg auf dem Gebiete der Arbeitervericherung vor Augen geführt. Da bereits im Oktober die Wahlen zu den Ausschüssen und Vorständen der Krankenkassen, sowie noch im November zu den Vericherungsböden getätigt werden, ist die Anschaffung des Broschürenheftes nur zu empfehlen. Es kostet pro Stück 10 Pfg., bei Mehrabnahme wird der übliche Rabatt gewährt. Der Vertrieb geschieht durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes Köln, Venloerwall 9, II.

Mehrer Berufsorganisation sollen sich die evangelischen Arbeiter und Arbeiterinnen anschließen? Vor kurzem hat Kollege Ballig's Köln eine 32seitige Broschüre mit dem obigen Titel geschrieben. Die Broschüre eignet sich zur Agitation für die christlichen Gewerkschaften unter evangelischen Kollegen. Sie begründet die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auch für die gläubigen und national gesinnten evangelischen Arbeiter, kennzeichnet unter Anführung von Beweismaterial die „freien“, kirchlich-wunderlichen und gelben Gewerkschaften und belegt die Wichtigkeit der christlichen Gewerkschaftsidee unter Zitation hervorragender Stimmen aus dem evangelischen Arbeiter- und Jugendvereinslager, sowie der Stimmen von weit hin bekannten evangelischen Männern, die sich für die christlichen Gewerkschaften aussprechen. Die Broschüre wird für 5 Pfg. pro Stück abgegeben, bei Mehrbezug noch billiger. Sie eignet sich zur Verteilung in Konferenzen, sowie an Freunde unserer Sache, wie auch an Unorganisierte.

Lüde's Nachträge zu Schaubel's großem Briefmarkenalbum sind soeben erschienen und in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Jedem Briefmarkensammler bietet sich nunmehr Gelegenheit, sein Album vor dem Veralten zu schützen. Der diesjährige Nachtrag Nr. 29 enthält die Neuheiten 1911 bis Herbst 1912. Die Beschaffenheit der Nachträge paßt sich ganz der verschiedenartigen Form und Bearbeitung der Schaubel-Alben an. Sie sind sowohl als Broschüre, gebundene und Permanent-Ausgaben zu haben. Die Einrichtung ist sehr praktisch und dem Laien sofort verständlich. Die Permanentnachträge bestehen aus Einzelblättern, sind entweder mit Lochung oder genutetem Falz versehen, ganz wie es das Bindesystem der Schaubel-Alben erfordert. Die Preise der verschiedenen Nachtragsausgaben bewegen sich in der Preisliste von Mk. 1,80 bis Mk. 10,—. Ein Schaubel-Album veraltet nicht und gerade diesem Umstand hat das Schaubel-Album seine große Verbreitung zu verdanken. Eingewiesen sei auch auf Lüde's Jahrbuch 1913, welches jeden Aufschluß über Lüde's Nachträge gibt. Durch die beigefügten Inventurabellen ist es zu einem unentbehrlichen Ratgeber für alle Markensammler geworden. Das hübsch ausgestattete Büchlein wird gratis und franko versandt von L. F. Lüde, Leipzig, Duerstr. 17.

Sterbefälle.

- Lukas Weisninger, Maschinenarbeiter, 48 Jahre alt, gestorben zu Passau.
- Engelbert Bauz, Schreiner, 67 Jahre alt, gestorben zu Göppingen.
- Kaspar Jung, Schreiner, 43 Jahre alt, gestorben zu Kaufbeuren.
- Josef Anton Seib, Holzarbeiter, 47 Jahre alt, gestorben zu Würth a. M.
- Wilhelm Derksen, Schreiner, 60 Jahre alt, gestorben zu Essen-Ruhr.
- Alfons Raab, Schreiner, 43 Jahre alt, gestorben zu Ulm.
- Josef Gorenkamp, Schreiner, gestorben zu Düsseldorf. — Der Verstorbene war einer der eifrigsten und rührigsten Kollegen der Zahlstelle Düsseldorf unserer Verbands. Am 16. Juni ist er nach langer, schwerer Krankheit, im besten Mannesalter von 26 Jahren aus unserer Mitte geschieden. Bis zum Januar d. J. war er zweiter Vorsitzender der Zahlstelle.
- Anton Wäffer, Schreiner, 40 Jahre alt, gestorben zu Mülhausen i. Elz.

Ruhet in Frieden!

Adressenveränderungen.

- Kranberg. R. A. G. Normann, Kaiserpförtchen 1.
- Jugoldstadt. R. Michael Zellerer, am Bachl 20. 1/27—8.
- Paderborn. R. Fr. Schmidt, Benzingerstraße 22.
- Singen a. H. V. J. J. Kromm, Rath. Vereinshaus, Luisenstr.
- Windisch-Gschobach. R. Wilhelm Neubauer, Bahnhofsstr. 22.
- Delmenhorst. Reiseunterstützung wird in Delmenhorst nicht mehr ausbezahlt.
- Hagenau i. B. V. R. Adolf Adelfinger, Luisenstraße 6.
- Saarbrücken. A. R. Z. Jentes, Saarbrücken I. Am Gaden 13 a von 7—9.

Briefkasten.

Der Kollege Franz Meyer, Buchnummer 77666 geb. am 22. Januar 1883 zu Warburg, wird gebeten, seine jetzige Adresse der Zahlstelle Dortmund mitzutheilen.

Anzeigen der Zahlstellen.

Stuttgart.
Alle präparierten Kollegen müssen sich sofort auf den Berg, Bergstraße 2, melden. Das Rathaus und Hotel H. sollte verbieten.

Sorgenfreie Existenz für einen tüchtigen Tischler.
Eine kleine seit 1889 in Rheinland und Westfalen gut eingeführte Holzwerkstätte, auch geeignet für Tischlerarbeiten, in einer Großstadt Rheinland, ist zum Verkauf mit vollständiger Ausrüstung, einschließlich aller Werkzeuge, Maschinen und Einrichtungen. Interessenten werden gebeten, unter 3 127 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.

TAGES-KURSE FÜR SCHREINER

(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbuchführung, Wechselkde., Rechnen, Kalkül, Fläch- u. Körperberechn., gewerbliche Geometrie, Stil- u. Formel. Mat., Werkz., Maschinenkunde, Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRÜFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. ENTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

Meinere Drehtler
nach Provinzialität in Bonnaburg gesucht. Interessent gibt bei Berliner Sekretariat des Zentralverbandes 4911 Holzarbeiter, Berlin O 17, Adenauerstr. 60.

Tüchtige Schreiner
gegen guten Lohn sofort von einer Möbelfabrik in Thüringen gesucht. Offerten unter A. Z. 128 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eingelegte Journiere für Nähtische, Schattellen und Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschriften.
Eustach. Viller, Marquettent, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Überall kann mans hören
daß Walde „Der praktische Tischler“ das beste Lehr- und Vorlagebuch für jeden Tischler ist. Das über 600 Seiten starke Werk mit 1065 Zeichnungen, 54 ein- und 8 mehrfarbigen Tafeln und 2 zerlegbaren Modellen kostet nur 22.—. Die Zahlungen laufen in monatlichen Raten à 22.— erfolgen. Wer vorwärts kommen will, muß dieses von Kollegen allseitig empfohlene Werk besitzen; es erleichtert jedem das Fortkommen und hilft verdienen. Wer beachte die günstigen Zahlungsbedingungen und bestelle es noch heute von E. G. Friedr. Reiser, Buchhandlung, Leipzig, Salomonstr. 10a.